

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BÜRO BRÜSSEL

KLAUS DÖRRE
DAS *DEUTSCHE* **JOBWUNDER**
VORBILD FÜR EUROPA?



INHALT

1	Einleitung: Das „deutsche Jobwunder“ und die Spaltung Europas	4
2	Modellwechsel – die Demontage des Sozialkapitalismus	9
3	Prekarität – Begriff und Ausmaß	16
4	Subjektiver Umgang mit Unsicherheit	23
5	Auswirkungen von „Hartz-Reformen“ und strenger Zumutbarkeit	26
6	Fazit: Lehren für Europa	33
	Anhang	42

KLAUS DÖRRE
DAS ***DEUTSCHE JOBWUNDER***
VORBILD FÜR EUROPA?

1 EINLEITUNG: DAS „DEUTSCHE JOBWUNDER“ UND DIE SPALTUNG EUROPAS

Seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 hat sich die Spaltung innerhalb der Europäischen Union und der Eurozone vertieft. Krisenländer wie Griechenland und Spanien haben eine fünfjährige wirtschaftliche Schrumpfungphase hinter sich, die Arbeitslosenquoten bewegen sich noch immer oberhalb der 25-Prozent-Marke und Bevölkerungsmehrheiten leben in unsicheren Verhältnissen. Selbst bei günstiger Wirtschaftsentwicklung würde es 20 Jahre dauern, bis diese Staaten ökonomisch das Vorkrisenniveau erreicht hätten.

Anders ist die Lage in jenen Ländern, die – vorläufig – als Gewinner aus der Krise hervorgegangen sind. Insbesondere Deutschland gilt als Musterknabe. Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist die Bundesrepublik zur unangefochtenen Führungsmacht im krisengeschüttelten Europa aufgestiegen. Auf den ersten Blick steht Deutschland mit seinen Wirtschaftsdaten so gut da wie seit vielen Jahrzehnten nicht mehr. Besonders die Arbeitsmarktbilanz beeindruckt. Deutschland hat die „große Wirtschaftskontraktion“ trotz eines dramatischen Einbruchs der Konjunktur im Jahr 2009 vergleichsweise gut verkraftet. Die Exportwirtschaft boomt, die Arbeitslosenzahlen bewegen sich erstmals seit vielen Jahren unter der Drei-Millionen-Grenze, die Erwerbsbeteiligung hat Rekordniveau erreicht und auf einigen Teilarbeitsmärkten machen sich Fachkräfteengpässe bemerkbar. Selbst ein erneuter Konjunkturunbruch würde – so scheint es – den robusten Arbeitsmarkt nicht ernsthaft bedrohen.

Eben noch als „kranker Mann vom Rhein“ verspottet, ist Deutschland zumindest im Elitentalk zu einem Vorzeigefall geworden. In der internationalen Presse ist von einem „deutschen Beschäftigungswunder“ oder gar von einem „deutschen Jahrzehnt“ die Rede. Nicht nur in Brüssel, sondern auch in Guangzhou (China), Córdoba (Argentinien) oder Johannesburg (Südafrika)¹ wird dem „Modell Deutschland“ wieder Beifall gezollt. Längst hat die Bewunderung auch solche intellektuellen Kreise erreicht, in denen man sie in früheren Zeiten kaum vermutet hätte. So behauptet der italienische Politologe Angelo Bolaffi in einem Interview: „Deutschland spielt heute in Europa eine hegemoniale Rolle [...]. Im Sinne von Gramsci. Hier weiß man, was good governance ist. Deutschland ist das bessere Gesellschaftsmodell.“²

1 Der Autor dieser Zeilen kann sich auf eigene Erfahrungen berufen.

2 Der italienische Politologe Angelo Bolaffi über ein funktionierendes Gesellschaftsmodell und die Hoffnungen, die er allein in Angela Merkel setzt, in: Frankfurter Rundschau, 23.2.2014, S. 26 f.

Bolaffi reagiert damit auf die Kehrseite des deutschen Hegemoniestrebens. Vielen Opfern der Krise gilt die deutsche Regierung Merkel zu Recht als hauptverantwortlich für das rigide europäische Austeritätsregime und die damit verbundene Verarmung großer Bevölkerungsgruppen. Der deutsche Anteil an der harten Sparpolitik verleitet jedoch mitunter dazu, die Ursachen der Krise allein „außen“, sprich: außerhalb des eigenen Landes zu suchen. Antideutsche Ressentiments tragen dann dazu bei, dass die Verantwortung der eigenen Eliten und die zum Teil eklatanten Widersprüche und Ungerechtigkeiten, die ihre strukturellen Wurzeln in den jeweiligen nationalen Gesellschaften haben, nicht mehr angemessen wahrgenommen werden.

Unkritisches Bejubeln hier, vorurteilsbeladenes Verteufeln dort – beide Haltungen sind nicht geeignet, um die wichtige Frage nach der Rolle des „deutschen Modells“ in Europa seriös zu beantworten. Schaut man genauer hin, so sind sich die Bewunderer des „German-Job-Miracle“ keineswegs einig, welche besonderen Eigenschaften der deutschen Spielart des Kapitalismus für die beschäftigungspolitische Bilanz verantwortlich sind.

WAS ERMÖGLICHT BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE ERFOLGE?

Angelo Bolaffi sieht in einer funktionierenden „Sozialpartnerschaft“ von Kapital und Arbeit den wichtigsten Erfolgsfaktor: „Diese Sozialpartnerschaft ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Kompromisses, der den Gewerkschaften wichtige Kontrollfunktionen und Mitbestimmungsrechte einräumt, ohne durch diesen institutionalisierten Dialog aber die Entscheidungsprozesse zu lähmen. Ebenso wenig behindert die Sozialpartnerschaft die Einführung produktiver Neuerungen in den Unternehmen – im Gegenteil, sie befördert sie sogar.“³ Auch die von der sozialdemokratisch geführten Regierung Schröder nach der Jahrtausendwende in vier „Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ auf den Weg gebrachten Arbeitsmarktreformen betrachtet Bolaffi als vorbildlich. Die Reformen hätten die Sozialpartnerschaft unter Globalisierungsbedingungen erhalten und zugleich ein erfolgreiches Management der Krise ermöglicht.

Das sehen prominente marktliberale Ökonomen aus der Bundesrepublik etwas anders. Auch sie sind der Auffassung, die aktivierende Arbeitsmarktpolitik der Schröder-Regierung habe maßgeblich zum deutschen Beschäftigungswunder beigetragen. Die „Hartz-Reformen“, wie sie im Volksmund heißen, betrachten sie jedoch – durchaus realistisch – als Bruch mit der Tradition des deutschen Sozialka-

3 Paul Nolte (2014): Deutsches Herz. Das Modell Deutschland und die europäische Krise, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 130 f.

pitalismus: „Hartz war“, so der Ökonom Thomas Straubhaar, „die größte Arbeitsmarkt- und Sozialreform der Nachkriegszeit und überaus erfolgreich. Dabei geht es nicht um einzelne Bausteine der vier Gesetze, sondern darum, dass Peter Hartz⁴ und der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Ersten waren, die offen gesagt haben, dass es mit dem ausufernden Sozialstaat so nicht weitergehen kann. Die Hartz-Gesetze bedeuteten das Ende der alten Bundesrepublik.“⁵ Kein anderes Land, so der Ökonom, habe sich „in den vergangenen zehn Jahren derart stark verändert wie Deutschland. Bis zum Fall der Mauer war die Bundesrepublik ein abgeschottetes Paradies mit einem Lebensstandard, wie es ihn für lange Zeit nicht mehr geben wird. Wir hatten die 35-Stunden-Woche, nahezu Vollbeschäftigung und enorm hohe Sozialleistungen. Als die Mauer fiel, haben andere Staaten schnell aufgeholt, und Millionen gut qualifizierte und dennoch billige Arbeitskräfte haben den Wettbewerbsdruck enorm erhöht. Plötzlich bekam Deutschland Probleme, und die Arbeitslosigkeit stieg. Die heute 50- bis 70-Jährigen haben aber immer noch dieses Paradies in den Köpfen, und sie merken, dass es ihnen schlechter geht, als sie es sich damals vorgestellt haben: Die Rente fällt geringer aus, man muss länger arbeiten, Sozialleistungen sind gekürzt worden.“⁶ All dies sei jedoch nötig gewesen, um die „deutsche Krankheit“ überregulierter Arbeitsmärkte und ausufernder Sozialstaatlichkeit zu besiegen. Deshalb forderte Gerhard Schröder am 14. März 2003 im Bundestag: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“ Denn, so der applaudierende Ökonom Straubhaar, wir, die Deutschen, haben schlicht über unsere Verhältnisse gelebt und wissen nun, dass „zusätzliche Sozialleistungen und Wohltaten nicht mehr selbstverständlich“ zu realisieren sind, „weil irgendjemand auch immer dafür bezahlen muss“⁷.

WIDER DIE „ANSPRUCHSINFLATION DER UNTERSCHICHT“

Wer aber ist dieser Irgendjemand, der permanent über seine Verhältnisse lebt? Auch kühl kalkulierende Ökonomen wissen, dass nicht alle gleichermaßen „überziehen“. Wer also ist gemeint ist, wenn von „Anspruchsinflation“ die Rede ist? Auch hier steht für Mainstream-Ökonomen die Antwort seit Langem fest. Für sie haben vor allem die „unproduktiven“ Gesellschaftsmitglieder in den unteren Schichten über ihre Verhältnisse gelebt und zudem mit ihrer Laxheit auch die eigentlich Leis-

4 Peter Hartz war Personalchef bei der Volkswagen AG. Er leitete die Kommission, die die Gesetze vorbereitete. Auch wenn nicht alle Maßnahmen den Kommissionsvorschlägen entsprachen, tragen die Gesetze im Volksmund den Namen „Hartz“.

5 Thomas Straubhaar im Interview, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.8.2012.

6 Ebd.

7 Ebd.

tungswilligen angesteckt. Als der damalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Kurt Beck, im Herbst 2006 in einem Interview von einer Unterschicht sprach, der das Aufstiegsstreben abhandengekommen sei,⁸ spitzte er nur zu, was intellektuell längst vorbereitet war. Stichwortgeber, wie der Zeithistoriker Paul Nolte, hatten eine „neue Klassengesellschaft“⁹ entdeckt. Deren Spannungen, so Nolte, entsprächen jedoch nicht mehr denen des industriellen Kapitalismus, weil es sich primär um kulturelle Differenzierungen handele. Gescheiterte Integration von Migranten, Erosion der traditionellen Familienordnung und Zielgruppen-TV hätten eine Unterschichtenmentalität hervorgebracht, die sich längst gegenüber ihren sozioökonomischen Entstehungsbedingungen verselbstständigt habe. Üppige wohlfahrtsstaatliche Sicherungen trügen nur zur Konservierung solcher Mentalitäten bei. Deshalb sei es für die Mittelschichten an der Zeit, ein eigenes Klassenbewusstsein auszubilden: „Die Gesellschaft gewinnt nicht, wenn nur den Schwachen geholfen wird, die relativ Starken aber vernachlässigt werden.“¹⁰

Eine Politik der Mitte müsse vielmehr darauf zielen, Steuern und Sozialbeiträge niedrig zu halten sowie Transferleistungen abzubauen. Aus dieser Perspektive waren die „Hartz-Reformen“ genau die richtige Therapie, um den Virus der Leistungsunwilligkeit auch in der gesellschaftlichen Mitte zu bekämpfen: „Die kürzeren Bezugszeiten [von Arbeitslosengeld I, d. A.] haben dazu geführt, dass heute mehr Ältere noch im Berufsleben stehen. Andere Maßnahmen haben die nötige Flexibilität geschaffen, um Arbeitslose und gering Qualifizierte in Beschäftigung zu bringen. Mit dem Ergebnis, dass wir in Deutschland heute so viele Erwerbstätige haben wie nie zuvor.“¹¹ Entscheidend sei ein „Mentalitätswechsel“, der „durch die kürzeren Bezugszeiten von Arbeitslosengeld befördert“ werde: „Dadurch stieg für viele Menschen der Druck, sich rasch nach einer neuen Arbeit umzuschauen, weil sonst sehr schnell Hartz-IV-Verhältnisse drohen.“¹²

8 Kurt Beck im Interview, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 8.10.2006.

9 Paul Nolte (2006): Riskante Moderne. Die Deutschen und der Neue Kapitalismus, München: C. H. Beck, S. 96.

10 Paul Nolte, Dagmar Hilpert (2007): Wandel und Selbstbehauptung. Die gesellschaftliche Mitte in historischer Perspektive, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.): Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht, Frankfurt am Main: Societäts-Verlag, S. 11–103, hier S. 97.

11 Thomas Straubhaar im Interview, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.8.2012.

12 Ebd.

DIETHESE: DEUTSCHLAND – EINE HOCH SELEKTIVE WETTBEWERBSGESELLSCHAFT

Waren es also Arbeitsmarktreformen mit strengen Zumutbarkeitsregeln und die darin angelegte politische Abkehr von der alten Bundesrepublik samt ihrer Sozialpartnerschaft, die das „Jobwunder“ ermöglichten? Ist das die Medizin, die auch dem Rest Europas verabreicht werden muss, um die Krise zu überwinden? Nachfolgend wird eine andere Sicht der Dinge präsentiert. Teils politisch zielgerichtet, mitunter aber auch im Sinne produktiven Scheiterns ist es den Wirtschafts- und Politikeliten in Deutschland offenbar gelungen, die Institutionen des einstigen sozialen Kapitalismus einer schöpferischen Zerstörung zu unterziehen. Diese Zerstörung wurde gerade so weit getrieben, dass die Überreste des alten Modells noch robust genug waren, um die ökonomische Krise einigermaßen erfolgreich zu managen. Im Ergebnis ist jedoch keine erneuerte soziale Marktwirtschaft entstanden, die Europa und der Welt als Vorbild dienen könnte. Herausgebildet hat sich eine hoch selektive Wettbewerbsgesellschaft, in der das Soziale den kapitallosen Klassen nur noch in dem Maße gewährt wird, wie es nötig ist, um Gefolgschaft im Inneren mit einer „halbhegemonialen“¹³ Dominanzpolitik im europäischen Raum zu verbinden.

Den Preis dafür zahlen in erster Linie die Opfer der Reformen, die prekär Beschäftigten, Ausgegrenzten und Erwerbslosen. Hinter der Fassade des vermeintlichen „Jobwunders“ verbirgt sich der Übergang zu einer prekären Vollerwerbsgesellschaft, in der die Ausweitung unsicherer Arbeits- und Lebensverhältnisse auch jene sozialen Gruppen diszipliniert, die sich noch in einigermaßen stabilen Verhältnissen befinden. Zwecks Begründung dieser These wird zunächst geklärt, was es mit dem deutschen Sozialkapitalismus und seinen Wandlungen auf sich hat (2), im nächsten Schritt geht es um das Ausmaß und den subjektiven Umgang mit der Prekarisierung (3, 4), es folgt eine Auseinandersetzung mit den Wirkungen der sogenannten Hartz-Reformen (5), die in eine Gesamtbewertung mündet und Fragen nach Alternativen aufwirft (6).

13 Jürgen Habermas (2014): Für ein starkes Europa – aber was heißt das?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2014, S. 85–94.

2 MODELLWECHSEL – DIE DEMONTAGE DES SOZIALKAPITALISMUS

Beginnen wir mit der Frage nach den Charakteristika des „deutschen Modells“: Was genau verbirgt sich hinter diesem Etikett? Wie hat sich die so bezeichnete Kapitalismusvariante seit den frühen 1990er Jahren verändert? Und inwiefern kann man heute noch von einem „deutschen Modell“ sprechen?

DER ALTE SOZIALKAPITALISMUS

Als „Modell Deutschland“ wurde ursprünglich eine Spielart kapitalistischer Gesellschaftsordnungen bezeichnet, in der es gelungen war, das Profitstreben der Privatwirtschaft mit dem Kollektivinteresse der Lohnabhängigen und ihrer Familien an sozialer Sicherheit und Wohlfahrt auszubalancieren. Während der Blütezeit des rheinischen, kooperativen oder – wie er hier genannt werden soll – des sozialen Kapitalismus wurden entsprechende gesellschaftliche Kompromisse über fest etablierte Netzwerke von Institutionen, Organisationen und Akteuren abgesichert.

Dazu zählten in Westdeutschland

- (a) eine diversifizierte Qualitätsproduktion in Marktnischen, die eine Herstellung von Spezialprodukten zu vergleichsweise hohen Löhnen ermöglichte;
- (b) ein Zentralbanksystem mit Kreditinstituten, die als Hausbanken und über Beteiligungen eng mit großen Industrieunternehmen verflochten waren;
- (c) ein duales Berufsausbildungssystem, in das neben dem Staat auch die Unternehmen investierten, sowie
- (d) eine Regulation von Kapital-Arbeit-Beziehungen, die unternehmensübergreifende Kollektivverträge (branchenbezogene Flächentarife in Regionen) mit einer flexiblen Anpassung auf betrieblicher Ebene koppelten.

Im Idealfall wurde der Klassenkampf in diesem System organisierter Arbeitsbeziehungen auf der überbetrieblichen Ebene ausgetragen, innerhalb des Betriebes sorgten mehr oder minder starke Interessenvertretungen für eine kooperative und flexible Anpassung tariflicher Normen an die jeweiligen lokalen Gegebenheiten. Die Akteure in den Arbeitsbeziehungen konnten sich auf ein ausdifferenziertes Arbeitsrecht beziehen, das entscheidend dazu beitrug, die früheren Lohnarbeitskontrakte in einen respektierten gesellschaftlichen Status für Arbeiter und Angestellte zu verwandeln. Und es war selbstverständlich, dass die Gewerkschaften auch bei der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik ein gewichtiges Wort mitsprachen.

Die besondere Leistung des Sozialkapitalismus bestand in der wohlfahrtsstaatlichen Einhegung von Lohnarbeit. Im Ergebnis entstand, was rückblickend als sozial geschütztes Normal- oder Standardarbeitsverhältnis bezeichnet wird. Für die

große Mehrzahl vor allem der männlichen Lohnabhängigen bedeutete wohlfahrtsstaatlich eingehegte Lohnarbeit relative Abkoppelung der Einkommen und der Beschäftigungssituation von Marktrisiken. Der Sozialkapitalismus beruhte noch immer auf klassenspezifischen Ungleichheiten und, gerade in Westdeutschland, auf einer asymmetrischen Integration der Geschlechter in den Arbeitsmarkt. Er diskriminierte migrantische und weniger qualifizierte Arbeitskräfte. Vollbeschäftigung der Männer war ohne Care-Arbeiten, die vorwiegend gratis und überwiegend von Frauen geleistet wurden, nicht denkbar. Unattraktive, schlecht bezahlte und wenig anerkannte Jobs wurden vorwiegend von Migranten ausgeübt, die aus der südeuropäischen Peripherie und der Türkei in die Zentrumsstaaten kamen („Gastarbeiter“). Dennoch stellte sich der Wandel für die Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und ihrer Familien als Übergang zu einem integrativen Sozialbürgerstatus dar. Die Lohnabhängigen verfügten nun über „soziales Eigentum“¹⁴ Armut und Prekarität waren noch immer vorhanden, sie wurden jedoch an die Ränder der Vollbeschäftigungsgesellschaft mit ihren geschützten internen Arbeitsmärkten gedrängt, im Privaten unsichtbar gemacht und auf diese Weise marginalisiert.

Während der 1990er Jahre mehrten sich die Zweifel, ob dieser Sozialkapitalismus, der die Klassenunterschiede einem Fahrstuhleffekt gleich mehrere Stockwerke nach oben gefahren hatte, würde überleben können. Von ökonomischer Globalisierung und den Folgeproblemen der deutschen Vereinigung gleichsam in die Zange genommen, müsse, so der bekannte deutsche Soziologe Wolfgang Streeck, der Sozialkapitalismus um sein Überleben kämpfen: Internationale Märkte würden durch „Diplomatie“, nicht durch komplizierte Klassenpolitiken geschaffen. Das mitbestimmte Unternehmen deutscher Prägung sei für einen Institutionenexport nach Europa und über Europa hinaus ungeeignet. Zudem nehme die Handlungsfähigkeit des Nationalstaates in einer internationalisierten Ökonomie ab. Selbst ein im Entstehen begriffener europäischer Staat könne das daraus resultierende Steuerungsdefizit nicht kompensieren. Das wiege schwer, weil die deutschen Verbände einen Staat benötigten, der sie fördere. Ein solcher Staat könne in einer internationalen Ökonomie aber nicht mehr existieren. Schließlich sei die traditionalistische deutsche Wirtschaftskultur mit ihrem schwerfälligen Kollektivismus kaum in der Lage, sich den Verlockungen der individualistischen amerikanischen Herausforderung zu widersetzen. Aus diesen Gründen drohe die „deregulierende Tendenz der Globalisierung“ zu dem „perversen Ergebnis“ zu führen, dass das „weniger

¹⁴ „Das soziale Eigentum ließe sich als Produktion äquivalenter sozialer Sicherungsleistungen bezeichnen, wie sie zuvor allein das Privateigentum lieferte.“ Robert Castel (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg: Hamburger Edition, S. 41 f.

leistungsfähige angloamerikanische Modell des Kapitalismus das leistungsfähigere ‚Rheinische Modell‘ verdrängen“ werde.¹⁵

DER NEUE FINANZ- UND WETTBEWERBSKAPITALISMUS

Aus einer solchen Perspektive muss folgerichtig erscheinen, dass der deutsche Sozialkapitalismus nach der Jahrtausendwende gründlich reformiert wurde. In den Jahren der rot-grünen Koalition führte eine Serie von Reformen Wettbewerbselemente in die Sozialsysteme ein, privatisierte einen Teil der Vorsorge für soziale Risiken, liberalisierte den Zugang zu den Finanzmärkten, flexibilisierte den Arbeitsmarkt und förderte die Ausbreitung atypischer und häufig prekärer Beschäftigungsformen. Anders als etwa in den USA unter Reagan oder im England der Ära Thatcher blieb ein Generalangriff auf den Wohlfahrtsstaat, die Gewerkschaften, das Tarifsystem und die Mitbestimmung aus. Die Erosion des Sozialkapitalismus vollzog sich eher schleichend. Dennoch kann kein Zweifel darüber bestehen, dass sich überwiegend noch innerhalb der Hülle formal intakter Institutionen des alten Sozialkapitalismus Veränderungen vollzogen haben, die letztendlich auf einen Modellwechsel hinauslaufen. Exemplarisch seien einige wichtige Entwicklungen hervorgehoben, die alle bereits vor der Krise einsetzten.

1/ Die *Internationalisierungsstrategien exportorientierter Unternehmen* und der Markt für Unternehmenskontrolle, der infolge der neuen Finanzmarktgesetzgebung nach 1998 entstanden ist, haben das alte Netz der sogenannten Deutschland AG, in der sich Kreditinstitute und marktführende Unternehmen industriepolitisch gegenseitig stützten, irreversibel zerstört. Im Unterschied zu den 1990er Jahren, in denen Internationalisierung überwiegend Kapitalexport bedeutete, ist Deutschland inzwischen zu einem bevorzugten Markt für ausländische Direktinvestitionen (FDI) geworden. Allein zwischen 2008 und 2012 ist die Zahl der Projekte ausländischer Investoren von 390 auf 624 gestiegen.¹⁶ Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland haben seit 1990 – von einem Einbruch zur Jahrtausendwende abgesehen – kontinuierlich zugenommen, gleiches gilt für Jahresumsatz und Auslandsbeschäftigung.¹⁷ Die Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen bleiben quantitativ noch dahinter zurück, doch auch hier gibt es nach einer Delle während der Jahrtausendwende einen kontinuierlichen Zuwachs. Der Kapitalzufluss schlägt sich in veränderten Besitzverhältnissen nieder. Lag der Anteil ausländischer Investoren am

15 Wolfgang Streeck (1997): German Capitalism: Does it exist? Can it survive?, in: Colin Crouch, Wolfgang Streeck (Hrsg.): Political Economy of Modern Capitalism: Mapping Convergence & Diversity, London: Sage, S. 33–54, hier S. 51–53.

16 Ernst & Young (2013): Standort Deutschland: Erfolg und Verantwortung, Berlin: Ernst & Young, Growing Beyond.

17 Deutsche Bundesbank (2012): Bilanz der Direktinvestitionen für Deutschland 1990/1995–2011/2012. www.bundesbank.de (Stand 17.12.2013).

Aktienbestand von 24 DAX-Unternehmen 2005 noch bei rund 45 Prozent, so hatte er sich 2012 bereits auf etwa 57 Prozent erhöht.¹⁸ Die veränderten Eigentümerstrukturen haben das alte Netzwerk der Deutschland AG sukzessive durch neue, transnationale Kontrollnetzwerke ersetzt, in denen Finanzmarktakteure auch dann großen Einfluss haben, wenn ihre Anteile an den Unternehmen relativ gering bleiben, weil sich die Investoren so aufwendiger Kontrollpraktiken entziehen können.

2/ Die veränderten Eigentumsverhältnisse und die Internationalisierung von Unternehmen haben den Übergang zu *kapitalmarktorientierten Steuerungsformen*, zur *internen Finanzialisierung* der Unternehmensorganisation und zur Unterordnung sämtlicher Abläufe unter eine *straffe Profitsteuerung* erleichtert. In den exportorientierten Unternehmen werden Gewinnziele über Kennziffersysteme aus der Spitze der Organisation auf Betriebe und dezentrale Einheiten heruntergebrochen. Selbiges geschieht mit dem Effekt, dass Betriebe und Profitcenter für das Finanzcontrolling selbst dann ins Minus geraten, wenn sie Gewinne erwirtschaften, das Planziel aber unterbieten. Die Instrumente zur Durchsetzung der straffen Profitsteuerung unterscheiden sich von Unternehmen zu Unternehmen. Genutzt werden die Eigenkapitalrendite (Geschäftswertbeitrag) oder der operative Gewinn vor Steuern (EBIT). Stets geht es jedoch darum, dem Unternehmen eine Mindestprofitabilität zu sichern.¹⁹ Wenig rentable Bereiche werden restrukturiert oder ihre Funktionen ausgelagert. Dies ist ein wichtiger Treiber der Herausbildung grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten und Produktionsnetzwerke. Das Ziel, Gewinnmargen in volatilen Märkten möglichst stabil zu halten, wird über lange bekannte Instrumente verfolgt, die im wertbasierten Steuerungsmodus jedoch eine neue Bedeutung erhalten. So orientiert sich die Personalplanung an der „mittleren Linie“ einer durchschnittlichen Auslastung. Absatzschwankungen nach oben und unten sollen durch flexibles Personal abgedeckt werden. Aus der Perspektive einer finanzialisierten Unternehmenssteuerung wird die Festanstellung eines Arbeiters zu einer Finanzinvestition, die Kapital für Jahrzehnte bindet. Solche Investitionen sollen in unsicheren Märkten möglichst risikolos getätigt werden. Headcounts (Planungsvorgaben für Beschäftigungsäquivalente) und die strikte Budgetierung von Unternehmensaktivitäten sind der zentrale Hebel, um solche Investitionen zu begrenzen.

Kommt das dezentrale Management mit den zugebilligten Vollzeitäquivalenten nicht aus, so bleibt nur die Wahl, die Produktionsaufgaben mittels Fremdvergabe, Leiharbeit, Werkverträgen oder anderen Formen flexibler Beschäftigung zu bewäl-

18 Ebd.

19 Axel T. Paul (2012): Crisis? What Crisis? Zur Logik der Spekulation oder Warum die Hypotheken-Krise lehrt, dass die nächste Krise kommt, in: Klaus Kraemer, Sebastian Nessel (Hrsg.): Entfesselte Finanzmärkte: Soziologische Analysen des modernen Kapitalismus, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 181–200.

tigen, die sich, wie die Leiharbeit, teilweise als Sachkosten verbuchen lassen. In der Konsequenz kommt es zu einer dauerhaften Aufspaltung der Belegschaften. Zu den Festangestellten gesellen sich, etwa im Fall BMW Leipzig, Leiharbeiter, die bei demselben Unternehmen eingestellt sind. Neben ihnen arbeiten die unbefristeten De-facto-Leiharbeiter von Subunternehmen, deren Leistungen qua Werkvertrag eingekauft werden, und diese wiederum unterscheiden sich von befristet eingestellten Leiharbeitern derselben Werkvertragsunternehmen. Auf diese Weise entsteht eine eigentümliche Stabilität instabiler Beschäftigung. Um die Stammebelegschaften der Endhersteller gruppieren sich, konzentrischen Kreisen gleich, unterschiedliche Gruppen prekär Beschäftigter, deren Löhne, Sicherheits- und Arbeitsqualitätsstandards mit wachsender Entfernung von den Kernbelegschaften sinken.²⁰

3/ Diese Entwicklung korrespondiert mit gravierenden *Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen*. Hervorzuheben ist zunächst der dramatische Rückgang gewerkschaftlicher Organisationsmacht. Lag der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der alten Bundesrepublik 1980 noch bei rund 35 Prozent, so ist er 2013 in Gesamtdeutschland auf rund 18 Prozent abgesunken. Angesichts der erodierenden gewerkschaftlichen Organisationsmacht lässt der Organisationsanreiz auf der Kapitalseite nach. Viele Arbeitgeberverbände haben als Reaktion auf eigene Mitgliederverluste oder die Mitgliedschaftsverweigerung von Unternehmen eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung eingeführt. Im Ergebnis ist den Gewerkschaften in einigen Branchen der kollektive Verhandlungspartner abhandengekommen. Die Tarifbindung der Betriebe ist insgesamt rückläufig. Zwischen 1995/96 und 2010 ist der Anteil der tarifgebundenen Westbetriebe von 54 Prozent auf 34 Prozent zurückgegangen; im Osten ist die Tarifbindung im selben Zeitraum von 28 Prozent auf nur noch 17 Prozent gesunken.

Dazu trägt ein Rationalisierungstyp bei, der auf eine Schwächung des Tarifsystems hinausläuft. Vor allem Servicebereiche werden ausgelagert, um so den Geltungsbereich tariflicher Normen zu unterlaufen. Der Anteil tarifgebundener Betriebe im Bereich unternehmensnaher Dienstleistungen liegt bezeichnenderweise bei etwa 14 Prozent in den alten und bei 18 Prozent in den neuen Bundesländern.²¹ Die Erosion des Tarifsystems fördert Unter- und Überbietungskonkurrenzen. Kleine Spar-

20 Hajo Holst, Oliver Nachtwey, Klaus Dörre (2009): Funktionswandel von Leiharbeit. Neue Nutzungsstrategien und ihre arbeits- und mitbestimmungspolitischen Folgen. Eine Studie im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung, OBS-Arbeitsheft 61, Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung.

21 Peter Ellguth, Susanne Kohaut (2011): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB Betriebspanel 2010, WSI-Mitteilungen 5/2011, S. 242–247; Thomas Haipeter (2011): Tarifabweichungen, Betriebsräte und Gewerkschaften – Modernisierungschancen in lokalen Konflikten, in: Thomas Haipeter, Klaus Dörre (Hrsg.): Gewerkschaftliche Modernisierung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 31–60; Markus Helfen (2011): Tarifpolitische Parallelwelten, in: Mitbestimmung 7-8/2011, S. 20–23.



tengewerkschaften für Berufsgruppen mit hoher Primärmacht (Piloten, Ärzte, Lokführer, Fluglotsen etc.) setzen teilweise Forderungen durch, die von den großen Konglomeratgewerkschaften (ver.di, IG Metall, IG BCE) nicht zu realisieren sind. Umgekehrt haben Splittergewerkschaften in schwach organisierten Bereichen wie der Leiharbeitsbranche über Jahre Dumpingtarifverträge mit Stundenlöhnen unter sechs, teilweise unter fünf Euro abgeschlossen. All dies hat zur Erosion nicht nur von Organisations-, sondern auch von institutioneller Macht der Lohnabhängigen beigetragen.²²

4/ Dergleichen wäre ohne *marktzentrierte politische Reformen* kaum möglich gewesen. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören die bereits erwähnten „Hartz-Reformen“. Mit diesen Reformen reagierte die Regierung darauf, dass sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Deutschland seit Mitte der 1970er Jahre mit jedem Konjunkturzyklus verdoppelt hatte. Um diesem Problem zu begegnen, sollte Erwerbslosigkeit nicht mehr als strukturelles Phänomen betrachtet, sondern in die persönliche Verantwortung gelegt und als individuelles Problem behandelt werden. Aus der Optik der Reformen galten die Langzeitarbeitslosen als passive Lazarusschicht, der es an Eigeninitiative und Aufstiegswillen fehle. Um diese „Passivmentalität“ zu ändern, sollte der Status der Langzeiterwerbslosen möglichst ungemütlich gestaltet werden.

Mit den entsprechenden Gesetzespaketen wurden die Eckregelsätze des nach einem Jahr Erwerbslosigkeit gewährten Arbeitslosengeldes II („Hartz IV“) auf das Niveau der früheren Sozialhilfe abgesenkt. Die Arbeitsverwaltungen verfügen nun über erweiterte Befugnisse, um das Privatleben der Leistungsbezieher zu kontrollieren und in deren Wohn- und Vermögensverhältnisse einzugreifen. Hinzu kommt, dass die Hilfsbedürftigkeit der Leistungsbezieher ständig überprüft wird. Eigenes Vermögen sowie Ersparnisse und Einkommen innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft werden mit dem möglichen Leistungsanspruch verrechnet. Als Bedarfsgemeinschaft gelten alle Personen, die in einem Haushalt zusammenleben. Wegen der Abkehr von einer individuellen Anspruchsberechtigung ist es schwieriger geworden, einen Leistungsanspruch überhaupt anerkannt zu bekommen. Außerdem wurde die Erwerbsfähigkeit völlig neu definiert. Als erwerbsfähig gilt, wer mehr als drei Stunden täglich einer bezahlten Arbeit nachgehen kann. Diese Maßnahmen, zu denen auch die Aufwertung nicht standardisierter Beschäftigungsformen wie der Leiharbeit gehört, werden mit strengen Zumutbarkeitsregeln und Sanktionen verknüpft. Leistungsbezieher müssen bereit sein, für die Aufnahme einer Arbeit den Wohnort

22 Zu den Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen vgl. die Beiträge in: Stefan Schmalz, Klaus Dörre (Hrsg.) (2013): Comeback der Gewerkschaften. Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt am Main/New York: Campus.

zu wechseln und weit unterhalb ihres früheren Lohn- und Qualifikationsniveaus zu arbeiten. Als zumutbar gilt jede Arbeit, zu der Erwerbslose körperlich, geistig und seelisch in der Lage sind. Da die Ablehnung von Beschäftigungsangeboten Sanktionen zur Folge haben kann, müssen die Betroffenen ihre Ansprüche an Entlohnung und Qualität der Arbeit im Zweifelsfall minimieren. Halten sich Erwerbslose nicht an die Vereinbarungen, die sie mit dem Repräsentanten der Arbeitsverwaltung (Fallmanager, Vermittler) abschließen, kann die Behörde Leistungen kürzen und finanzielle Zuwendungen durch Lebensmittelgutscheine ersetzen. Es versteht sich, dass die Gewerkschaften bei den arbeitspolitischen Maßnahmen in den Regionen nur noch ein Informations-, aber kein Mitspracherecht haben.

Zusätzlich zu straffer Profitsteuerung, Finanzialisierung von Unternehmen und den Arbeitsmarktreformen haben marktzentrierte Politiken im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Pflegebereich dafür gesorgt, dass das Wettbewerbsprinzip mehr und mehr auf gesellschaftliche Bereiche außerhalb der Exportwirtschaft übertragen wird. In inszenierten, organisationsinternen Quasimärkten werden bürokratische Instrumente wie Budgetierung, Rankings, Ratings oder Zielvereinbarungen in Kliniken, in Universitäten, öffentlichen Verwaltungen, aber auch in der Altenpflege, der Jugend- und Sozialarbeit eingesetzt, um den Wettbewerb zu universalisieren. Doch im Wettbewerb gibt es notwendig Gewinner und Verlierer. Oder, um es mit den Worten des neoliberalen Vordenkers Friedrich von Hayek zu sagen: Die relativ rationaleren Individuen können alle übrigen „durch den Wettbewerb dazu zwingen, sie nachzuahmen, um bestehen zu können“²³

Diese „Verwettbewerblichung“ der Gesellschaft, die wir als kapitalistische Landnahme des Sozialen bezeichnen, beruht auf einer selektiven Enteignung von „Sozialeigentum“. Ihr Objekt sind Institutionen, gesellschaftliche Organisationsformen und soziale Regeln, die die Wirkungen marktförmiger Koordinationsmechanismen begrenzen. Landnahme bedeutet in diesem Fall, dass die schützende wohlfahrtsstaatliche Hülle, die der Lohnarbeit einen gesellschaftlichen Status verliehen und sie in ein zentrales gesellschaftliches Integrationsmedium verwandelt hatte, Schicht um Schicht abgetragen wird. Dieser Prozess hat in Deutschland durch die Arbeitsmarktreformen einen kräftigen Schub erhalten. In der Summe haben Reformen, die zunächst eher schrittweise und graduell erschienen, einen Modellwechsel bewirkt. Der alte Sozialkapitalismus ist Geschichte. Und wer, wie Angelo Bolaffi, dessen ungebrochene Vitalität und Anpassungsfähigkeit beschwört, sitzt einem Mythos auf.

23 Friedrich August von Hayek (1981): Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Landsberg am Lech: Verlag Moderne Industrie, S. 109.

3 PREKARITÄT – BEGRIFF UND AUSMASS

Allerdings, das sei sogleich hinzugefügt, wurde das alte „Modell“ nicht einfach durch ein anderes ersetzt. Die von den dominanten kapitalistischen Akteuren (große Unternehmen und der Staat) betriebene Landnahme wirkt – darin der von Karl Marx so eindrucksvoll beschriebenen sogenannten ursprünglichen Akkumulation vergleichbar – über Freisetzung von Arbeitskräften, einen „Stoffwechsel“ zwischen inneren kapitalistischen und äußeren nichtkapitalistischen Märkten sowie über eine Amalgamierung von alten und neuen Produktions- und Lebensformen. Arbeitskräfte werden mit politischer Hilfe aus den noch immer geschützten Segmenten mit wohlfahrtsstaatlich abgesicherter Lohnarbeit freigesetzt. Es kommt zu einem „Stoffwechsel“ zwischen noch vergleichsweise abgesicherten inneren und prekarierten, durch Überausbeutung geprägten äußeren Teilarbeitsmärkten. Und die selektive Enteignung von „Sozialeigentum“ bringt Amalgame aus Stammebelegschaften mit noch einigermaßen intaktem Sozialbürgerstatus einerseits und niedrig entlohnten und wenig anerkannten, prekär beschäftigten Arbeitskräften andererseits hervor. Mit anderen Worten: Sozialkapitalismus und Sozialbürgerstatus sind nicht vollständig verschwunden; für Stammebelegschaften in den Exportindustrien und in Teilen des öffentlichen Dienstes ist dieser Status der Lohnarbeit noch immer existent. Und in diesen Bereichen werden noch immer Normalitätsstandards für Erwerbsarbeit definiert, die zum Maßstab für Abweichung und Prekarität werden.

PREKARITÄT – EINE BEGRIFFSDEFINITION

An dieser Stelle ist es sinnvoll, kurz auf den Prekaritätsbegriff einzugehen. Der Wortstamm von *prekär* lässt sich bis zum lateinischen *precarium*, der Bittleihe, zurückverfolgen. Gemeint ist das Verleihen einer Sache, deren Nutzung vom Geber jederzeit widerrufen werden kann. Prekarität bezeichnet demnach ein unsicheres, instabiles, auf Widerruf gewährtes Verhältnis, das den Nehmer eines Gutes vom Geber abhängig macht. Der Gegenbegriff ist eine stabile, sichere, durch Rechtsgleichheit konstituierte Beziehung. In der sozialwissenschaftlichen Diskussion bezeichnet Prekarität unsichere, instabile Arbeits-, Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse. Ein Erwerbsverhältnis gilt dann als prekär, wenn es nicht dauerhaft oberhalb eines von der Gesellschaft definierten kulturellen Minimums existenzsichernd ist und deshalb bei der Entfaltung in der Arbeitstätigkeit, gesellschaftlicher Wertschätzung und Anerkennung, der Integration in soziale Netzwerke, den Partizipationschancen und der Möglichkeit zu längerfristiger Lebensplanung dauerhaft diskriminiert. In fortgeschrittenen Kapitalismen bedeutet *Prekarität*, dass Beschäftigte aufgrund ihrer Tätigkeit und deren vertraglicher Einbettung deutlich unter das wohlfahrtsstaatliche Schutz- und Integrationsniveau sinken, das gesellschaftlich als Standard definiert wird. Beschäftigungsverhältnisse und/oder Arbeitstätigkeit

ten können in einem solchen Fall auch subjektiv mit Sinnverlusten, Partizipations- und Anerkennungsdefiziten sowie Planungsunsicherheit verbunden sein.

Wichtig ist die Unterscheidung zwischen einer *Prekarität der Beschäftigung* und der *Prekarität von Arbeit*. Sie impliziert, dass sich in der Arbeitswelt höchst unterschiedliche Formen von Prekarität finden lassen. Eine prekäre Beschäftigung kann mit kreativer Arbeit verbunden sein. Ebenso kann eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung mit prekären, weil physisch wie psychisch überdurchschnittlich belastenden Tätigkeiten sowie niedriger Entlohnung einhergehen. Kombinationen und wechselseitige Verstärkungen der reproduktiven und der sinnhaft-subjektbezogenen Dimensionen von Prekarität sind ebenfalls denkbar. Bezieht man die Fremd- und Selbstwahrnehmungen ein, so ist Prekarität weder mit vollständiger Ausgrenzung aus dem Erwerbssystem und absoluter Armut noch mit totaler sozialer Isolation und erzwungener politischer Apathie identisch, wenngleich der Begriff solche Phänomene als untere Referenzpunkte einschließen kann. Prekarität ist eine relationale Kategorie, deren Aussagekraft wesentlich von der Definition gesellschaftlicher Normalitätsstandards abhängt.

Mit Prekarisierung werden soziale Prozesse bezeichnet, die über die Erosion von Normalitätsstandards auch auf sozial Integrierte und Stammbeschäftigte zurückwirken können. Der Begriff Prekariat hingegen ist ein Neologismus, der sich aus den Wörtern Prekarität und Proletariat zusammensetzt. Er thematisiert eine zeitgenössische Variante jener „gefährlichen Klassen“, denen eine Neigung zu gezielten Regelverletzungen bis hin zu gewalttätigen Revolten zugeschrieben wird.

Großen Einfluss auf die deutsche Debatte hatten Arbeiten des jüngst verstorbenen französischen Sozialwissenschaftlers Robert Castel. Laut Castel spalten sich die nachfordistischen Arbeitsgesellschaften des globalen Nordens in Zonen unterschiedlicher Sicherheitsniveaus. Zwar befindet sich, so die Arbeitshypothese, eine Mehrzahl der Beschäftigten in den fortgeschrittenen Kapitalismen noch immer in einer Zone der Integration mit geschützter Vollzeitbeschäftigung und halbwegs intakten sozialen Netzen. Darunter expandiere jedoch eine Zone der Prekarität, die sich sowohl durch unsichere Beschäftigung als auch durch erodierende soziale Netze auszeichne. Am unteren Ende der Hierarchie entstehe eine Zone der Entkopplung, in der sich Gruppen ohne reale Chance auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt befänden. Bei diesen vermeintlich „Überzähligen“ der Arbeitsgesellschaft paarten sich Ausschluss von regulärer Erwerbsarbeit und die Abkoppelung von institutionalisierten Teilhabechancen mit relativer sozialer Isolation.²⁴

24 Robert Castel (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: UVK Universitätsverlag Konstanz, S. 360 f.

Die Spaltung der Arbeitsgesellschaft, die Robert Castel prognostizierte, ist, so viel vorab, auch in Deutschland Realität. Wenn man heute eine Rekorderwerbsbeteiligung bejubelt, so wird dabei geflissentlich übersehen, dass es sich keineswegs um eine Rückkehr zur Lohnarbeits- und Vollbeschäftigungsgesellschaft der 1960er Jahre handelt. Hinter dem „deutschen Beschäftigungswunder“ verbirgt sich der Übergang zu einer prekären Vollerwerbsgesellschaft, die Erwerbslosigkeit in der „Zone der Entkoppelung“ zum Verschwinden bringt, indem sie unsichere Arbeits-, Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse und mit ihnen die „Zone der Verwundbarkeit“ ausweitet. Betrachten wir die wichtigsten Trends.

ZUNAHME NICHT STANDARDISIERTER UND PREKÄRER BESCHÄFTIGUNG

1/ *Sinkendes Arbeitsvolumen*: Zu den Legenden, die sich um das vermeintliche Beschäftigungswunder ranken, gehört die Behauptung, es sei neue Erwerbsarbeit geschaffen worden. Das ist definitiv falsch. Die Daten belegen, dass das Volumen an geleisteten und bezahlten Arbeitsstunden zwischen 1991 und 2012 um deutlich mehr als 10 Prozent gesunken ist (vgl. Schaubild 1 im Anhang). Selbst nach der Krise von 2008/09 ist die Zahl der Erwerbstätigen zunächst rascher gestiegen als das Volumen an geleisteten Arbeitsstunden. Dies wäre an sich kein Problem, sofern das Absinken des Arbeitsvolumens mit einer egalitären Arbeitszeitverkürzung und einem Lohnausgleich verbunden wäre. Das ist jedoch nicht der Fall. Stattdessen wird das vorhandene Arbeitsvolumen nicht nur auf immer mehr Erwerbspersonen, sondern vor allem asymmetrisch verteilt. Der Beschäftigungsaufbau erfolgt nicht ausschließlich, aber doch in hohem Maße über prekäre Jobs, die zu einem überproportionalen Anteil von Frauen in personenbezogenen Dienstleistungsberufen verrichtet werden.²⁵

Dieser Trend könnte sich aufgrund der günstigen Konjunktur 2014 etwas abschwächen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) prognostiziert eine Steigerung des Gesamtarbeitsvolumens auf 58,78 Milliarden Stunden (Höchststand seit 1991); das Jahresarbeitsvolumen pro Erwerbstätigem soll auf durchschnittlich 1.395 Stunden und damit um 0,5 Stunden gegenüber dem Vorjahr zunehmen.²⁶ Daraus jedoch bereits auf eine Trendumkehr zu schließen, ist mehr als vermessen. An der asymmetrischen Verteilung des Arbeitsvolumens hat sich nichts Grundlegendes geändert. Während Minijobber real durchschnittlich nur 12 Wochenstunden

25 Statistisches Bundesamt (DeStatis) et al. (Hrsg.) (2013): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. www.destatis.de/publikationen (Stand 16.6.2014).

26 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.) (2014): IAB-Kurzbericht 4/2014. Arbeitsmarkt 2014. Zwischen Bestmarten und Herausforderungen, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, S. 11 f.

arbeiten, obwohl sie eher 20 Stunden erwerbstätig sein möchten, sind für qualifizierte Angestellte 50, 60 und mehr Wochenstunden keine Seltenheit. Arbeitszeiten und Arbeitsverteilung sind in einem hohen Maße polarisiert.²⁷ Ein Arbeitsvolumen, das nach einer langen Schrumpfungsphase im Jahr 2014 noch immer nicht das Niveau von 1991 erreicht hat und das zudem in ungleicher Weise auf eine Rekordzahl von Erwerbstätigen verteilt wird, verweist auf eine Arbeitsmarktintegration mittels nicht standardisierter und häufig prekärer Beschäftigung.

2/ Zunahme nicht standardisierter Beschäftigung: Seit 1991 hat der Anteil nicht standardisierter Beschäftigungsformen kontinuierlich zugenommen. Schon vor der Krise ist der Anteil von Zeitarbeit, befristeter Beschäftigung, Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung (Mini- und Midijobs) binnen zehn Jahren (1998–2008) um 46,2 Prozent gestiegen. 2008 befanden sich 7,7 Millionen Erwerbstätige in einem sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnis (gegenüber 22,9 Millionen in Normalbeschäftigung. Hinzu kamen 2,1 Millionen Solo-Selbstständige. Auch nach der Krise hat der Trend zur Zunahme nicht standardisierter Beschäftigungsverhältnisse²⁸ angehalten (vgl. Schaubild 2 im Anhang) Zwischen den Jahren 2000 und 2010 ist ihr Anteil von 19,8 Prozent auf 25,4 Prozent der Beschäftigten angestiegen. Für 2014 wird eine Zunahme der Teilzeitstellen erwartet, die nur durch einen rückläufigen Trend bei den geringfügigen Beschäftigungen abgebremsst wird.

Zwar gilt, dass nicht jedes nicht standardisierte Beschäftigungsverhältnis prekär ist; in der Regel sind diese Beschäftigungsverhältnisse jedoch mit deutlich niedrigeren Einkommen sowie höheren Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiken verbunden. Mit Ausnahme der Leiharbeit, die trotz starker Expansion quantitativ nur einen kleinen Teil der nicht standardisierten Beschäftigungsverhältnisse ausmacht, sind diese Beschäftigungsformen vor allem eine Domäne von Frauen. Insbesondere für die jüngeren Alterskohorten ist das nicht standardisierte Beschäftigungsverhältnis zur Normalform der Arbeitsmarktintegration geworden. Dafür spricht auch, dass die durchschnittliche Dauer von Beschäftigungsverhältnissen bei den unter 30-Jährigen deutlich zurückgegangen ist. Lag die durchschnittliche Beschäftigungsdauer

27 „Damit haben wir es mit einer eindeutigen Polarisierung zu tun, und zwar vor allem entlang Geschlecht und Qualifikationsniveau. Geringer qualifizierte Frauen arbeiten immer kürzer und höher qualifizierte Männer immer länger. Hochqualifizierte Männer in Westdeutschland leisteten im Vergleich zur vertraglichen Arbeitszeit 1984 noch eine Mehrarbeit von 7%. Dieser Wert stieg bis zum Jahr 1994 auf 15% und bis 2007 auf 19,2% an.“ Zitat aus: Dieter Sauer (2013): Die organisatorische Revolution. Umbrüche in der Arbeitswelt – Ursachen, Auswirkungen und arbeitspolitische Antworten, Hamburg: VSA, S. 41.

28 Da atypische Beschäftigungsverhältnisse in vielen Branchen die Normalität sind, ist es sinnvoller, von nicht standardisierter Beschäftigung zu sprechen. Zu ihr zählen auch Solo-Selbstständigkeit und das Phänomen der Multijobber.



der Jahrgänge 1961/1962 noch bei 834 Tagen, so waren es bei den Jahrgängen 1978/79 nur noch 653 Tage; das entspricht einem Minus von 22 Prozent.²⁹

Auch wenn es schwer nachweisbar ist, spricht doch einiges dafür, dass nicht standardisierte Beschäftigung über einen langen Zeitraum hinweg sozial geschützte Arbeitsverhältnisse verdrängt hat. Für die 7,4 Millionen Minijobs, von denen rund 4,9 Millionen im Haupterwerb ausgeübt werden, ist dieser Effekt vor allem im kleinbetrieblichen Segment (weniger als 50 Beschäftigte) empirisch belegt.³⁰ Auch für Leiharbeit gilt, dass etwa die Hälfte des Stellenzuwachses, der über diese Beschäftigungsform erzielt wird, in anderen Branchen wieder verloren geht.³¹ Sicher ist jedoch: Das „Jobwunder“ beruht in erster Linie auf einem Zuwachs nicht standardisierter und häufig prekärer Beschäftigungsformen.

3/ Expandierender Niedriglohnsektor: Insgesamt dürften die bisher präsentierten Daten das Ausmaß der Prekarisierung jedoch eher unter- als übertreiben. Dies vor allem, weil sie das Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung, die in Vollzeit geleistet wird, nicht wiedergeben. Gut 23 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Deutschland im Niedriglohnsektor,³² das heißt, sie verdienen weniger als zwei Drittel des sogenannten Medianlohns (gewichteter Durchschnittslohn). Nahezu die Hälfte der nicht standardisiert Beschäftigten, aber auch 10,6 Prozent der Besitzer von Vollzeitstellen sind im Niedriglohnsegment tätig.³³ Deutschland steht mit seiner expansiven Niedriglohnbeschäftigung hinter der baltischen Republik Litauen an zweiter Stelle in Europa (vgl. Schaubild 3 im Anhang). Insgesamt 42,6 Prozent der Niedriglohnbezieher arbeiten in einem Standard-Arbeitsverhältnis (20 und mehr Wochenstunden). Die höchsten Anteile weisen Frauen (30,5 Prozent) und gering Qualifizierte (45,6 Prozent) auf. Doch rund drei Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder gar über einen akademischen Abschluss.

Entgegen der Behauptung, ein niedrig entlohnter Arbeitsplatz sei ein Sprungbrett in bessere Verhältnisse, zeichnet sich der deutsche Niedriglohnsektor durch eine

29 Thomas Rhein, Heiko Stüber (2014): Beschäftigungsdauer im Zeitvergleich. Bei Jüngeren ist die Stabilität der Beschäftigung gesunken. IAB-Kurzbericht 3/2014, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.

30 Christian Hohendanner, Jens Stegmaier (2012): Geringfügig Beschäftigte in deutschen Betrieben. Umstrittene Minijobs, IAB-Kurzbericht 24/2012, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.

31 Elke Jahn, Enzo Weber (2013): Zeitarbeit. Zusätzliche Jobs, aber auch Verdrängung, IAB-Kurzbericht 2/2013, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.

32 Thorsten Kalina, Claudia Weinkopf (2013): IAQ Report 1/13, Niedriglohnbeschäftigung 2011. Weiterhin arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn, Duisburg: Universität Duisburg-Essen.

33 Gerhard Bosch, Claudia Weinkopf (Hrsg.) (2007): Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt am Main/New York: Campus.

geringe Aufwärtsmobilität und eine enorme Spreizung der Löhne aus. Im Extremfall sind die Stundenlöhne auf unter drei Euro abgesunken. 1,15 Millionen (3,6 Prozent aller Beschäftigten) verdienen weniger als fünf Euro brutto pro Stunde, mehr als 5,8 Millionen weniger als 8,50 Euro Stundenlohn,³⁴ die Schwelle für den jüngst beschlossenen gesetzlichen Mindestlohn. Die Niedriglohnbeschäftigung hat sich, stärker als in jedem anderen europäischen Land, im Zentrum des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters etabliert. Kombiniert man alle Kriterien, die normalerweise als Schutz vor Prekarität gelten (vollzeitbeschäftigte Männer mit inländischer Staatsangehörigkeit und unbefristeten Verträgen, mit abgeschlossener Ausbildung oder Studium in Betrieben ab 50 Beschäftigte), so stößt man noch immer auf 6,3 Prozent Niedriglohnbeschäftigte – der höchste Anteil im innereuropäischen Vergleich. Positive Arbeitsplatzeffekte der expandierenden Niedriglohnbeschäftigung sind nicht nachweisbar.³⁵

4/ *Neue Nutzungsformen von Leiharbeit und Werkverträgen:* Hochaggregierte Daten verbergen, dass auch zahlenmäßig geringfügige Veränderungen große qualitative Wirkungen entfalten können. Das gilt vor allem für die Leiharbeit, deren Nutzung sich verändert hat. Ging es beim Einsatz von Zeitarbeitern zunächst um das Abfedern von Produktionsspitzen und personellen Engpässen, so zeigt sich inzwischen ein anderer Trend. In vielen Regionen gibt es Vorreiterbetriebe, in denen Leiharbeiter Kernfunktionen übernehmen. BMW Leipzig ist ein solcher Vorreiterbetrieb mit einem Leiharbeitsanteil von rund 30 Prozent der Beschäftigten. Der Einsatz von Leiharbeitern erstreckt sich über alle Bereiche: vom Band bis zum Büro. Leiharbeit wird in solchen Fällen nicht nur intensiv (Kriterium für Intensivnutzung: Leiharbeiteranteil von mehr als 20 Prozent der Belegschaften), sondern *strategisch* genutzt. Bei dieser Variante sind die Leiharbeiter dauerhaft im Betrieb, bis sie, wie in der Krise von 2008/09 geschehen, gewissermaßen über Nacht entlassen werden. Leiharbeit trägt dazu bei, dass dauerhaft mindestens zwei Klassen von Arbeitnehmern entstehen: die einen in noch relativ geschützter Normalarbeit, die anderen in instabiler Beschäftigung, in welcher sie für die gleiche Arbeit bei Löhnen und Arbeitsbedingungen trotz aller Gegenmaßnahmen noch immer diskriminiert werden.

Bezeichnend ist, dass die strategische Nutzung das arbeitsmarktpolitische Versprechen der Zeitarbeit (Chancen auf bessere Arbeitsverhältnisse) zugunsten einer vermeintlichen ökonomischen Effizienz preisgibt. Über die Leiharbeit kaufen sich

34 Claudia Weinkopf (2010): Warum Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn braucht, in: Vorgänge 3/2010, S. 38–49.

35 Thomas Rhein (2013): Erwerbseinkommen. Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich, IAB-Kurzbericht 15/2013, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.

die Unternehmen aus dem Kündigungsschutz heraus. Dauerhafte Übernahmen sind – von Ersatzbedarfen beim Stammpersonal abgesehen – überwiegend gar nicht beabsichtigt. Daher verwundert es kaum, dass es um die arbeitsmarktpolitischen Effekte der Zeitarbeit schlecht bestellt ist. „Klebeeffekte“ (Übernahme in die Stammebelegschaft) zeigen sich allenfalls bei 9 Prozent der Leiharbeitsverhältnisse. „Brückeneffekte“ (d. h. der Sprung in bessere Beschäftigung gelingt „irgendwann“ und „irgendwo“) von 40 Prozent, wie sie wirtschaftsnahe Wissenschaftler kolportieren, beruhen auf unseriösen Berechnungen, denn stillschweigend werden Eigenanstrengungen der Betroffenen eingerechnet, die mit der konkreten Beschäftigungsform (Leiharbeit) nichts zu tun haben. Entscheidend für den qualitativen Effekt der Leiharbeit ist jedoch, dass ihre strategische Nutzung als „Aushandlungschip“ eingesetzt wird. Wo immer, etwa in der Automobilindustrie, Standortpolitik betrieben wird, eignet sich der Verweis auf hohe Leiharbeitsanteile in anderen Werken als Instrument, um Betriebsräten Zugeständnisse abzurufen. Von Gewerkschaften und Betriebsräten ausgehandelte Besser-Vereinbarungen, Tarifverträge für Leiharbeiter sowie ein Mindestlohn für die Branche haben dieser Tendenz in jüngster Zeit entgegengewirkt. Als Reaktion versuchen Unternehmen nun, auf das Instrument der Werkverträge auszuweichen.³⁶

Insgesamt belegen diese ausgewählten Daten eine rasante Ausweitung nicht standardisierter und prekärer Beschäftigungsformen. Doch generell gilt: Eine strukturell unsichere Erwerbstätigkeit muss subjektiv keineswegs als prekär empfunden werden. Umgekehrt können strukturelle Prekaritätsrisiken auch dann vorhanden sein, wenn es sich im Bewusstsein der Betroffenen um eine erwünschte Form der Erwerbstätigkeit handelt. Insofern bildet die Prekaritätskategorie eine besondere Beziehung von Erwerbstätigen zu ihrer Biografie ab. Ein nach strukturellen Merkmalen prekäres Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis konstituiert eine erwerbsbiografische Problemlage, die aktiv bearbeitet wird. Dabei beeinflussen der Neigungswinkel der Erwerbsbiografie, individuelle Qualifikationen und Kompetenzen, Konstruktionen von Geschlecht, Nationalität und Ethnie sowie das Lebensalter die Art der Auseinandersetzung mit und die Bewertung von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen. Das wirft die Frage auf: Wie gehen Beschäftigte mit unsicheren Arbeits- und Lebensverhältnissen um?

36 Hajo Holst, Klaus Dörre (2013): The Revival of the German Model? De-standardization of Employment and Work and the New Labour Market Regime, in: Max Koch, Martin Fritz (Hrsg.): Non-Standard Employment in Europe: Paradigms, Prevalence and Policy Responses, Basingstoke: Palgrave MacMillan, S. 132–149; Hajo Holst, Oliver Nachtwey, Klaus Dörre (2009): Funktionswandel von Leiharbeit. Neue Nutzungsstrategien und ihre arbeits- und mitbestimmungspolitischen Folgen. Eine Studie im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung, OBS-Arbeitsheft 61, Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung.

4 SUBJEKTIVER UMGANG MIT UNSICHERHEIT

Wir können diese Frage anhand einer Typologie beantworten, die das Castel'sche Zonenmodell als heuristischen Rahmen nutzt. Mithilfe einer qualitativen Untersuchung haben wir neun typische Verarbeitungsformen von sozialer (Un-)Sicherheit rekonstruiert (vgl. Schaubild 4 im Anhang).³⁷

In der „Zone der Integration“ bilden drei Typen (1, 3, 4) die Integration in formal gesicherte Standardbeschäftigung ab. Im Fall der „Selbstmanager“ (Typ 2) dominiert das Integrationspotenzial der Tätigkeitsperspektive (inhaltliches Interesse an der Tätigkeit, Streben nach Professionalität) über den unsicheren Beschäftigungsstatus. In der „Zone der Prekarität“ sind unstete Beschäftigungsverhältnisse angesiedelt, die jedoch subjektiv höchst unterschiedlich bewertet werden (die Typen 5, 6, 7). In der „Zone der Entkoppelung“ befinden sich Erwerbs- und Langzeitarbeitslose mit ebenfalls divergierenden subjektiven Orientierungen (Typ 8, 9). Unsicherheitsempfinden kann bei den formal in standardisierte Beschäftigung integrierten „Verunsicherten“ und „Abstiegsbedrohten“ (Typ 3, 4) deutlich ausgeprägter sein als bei Befragten, die aufgrund der Struktur ihres Beschäftigungsverhältnisses der „Zone der Prekarität“ zuzurechnen sind (Typ 5, 7). Selbst bei den „Veränderungswilligen“ (Typ 8) in der „Zone der Entkoppelung“ besteht noch die Hoffnung, die eigene Lage über kurz oder lang deutlich verbessern zu können. Im Falle der „Abstiegsbedrohten“ (Typ 4) sind Brüche in der beruflichen Biografie normal und der soziale Abstieg ist fast schon zur Gewissheit geworden. Der Neigungswinkel individueller Biografien zeigt bei dieser Gruppe nach unten, und es sind nicht genügend Ressourcen vorhanden, um diese biografische Abwärtsbewegung grundlegend korrigieren zu können.

Die Typologie veranschaulicht, dass Prekarisierungsängste nicht linear zunehmen, wenn man sich in der Hierarchie der Typen nach unten bewegt. Vielmehr sind Abstiegsängste bei jenen Gruppen besonders präsent, die noch etwas zu verlieren haben. Die Antizipation von Statusverlust ist ein wichtiger Ursachenherd für Prekarisierungsängste, der innerhalb der „Zone der Integration“ angesiedelt ist. Diese

³⁷ Die Typologie beruht auf einer explorativen Untersuchung, die 36 Expertengespräche, zwei Gruppenbefragungen von Leiharbeitern sowie 100 themenzentrierte Interviews umfasst. Anhand ausgewählter Problemkonstellationen in der Automobil- und Elektroindustrie, dem Einzelhandel, dem Baugewerbe, der Finanz- und IT-Branche, dem Bergbau sowie der Zeitarbeitsbranche lag der Schwerpunkt der Interviews auf dem subjektiven Umgang mit sozialer Unsicherheit. Befragt wurden sowohl Festangestellte als auch prekär Beschäftigte und Erwerbslose. Die Untersuchung orientierte sich ursprünglich an dem Zonenmodell Robert Castels. Unsere Typologie bestätigt die Relevanz dieses Zonenmodells für die deutsche Arbeitsgesellschaft, ermöglicht jedoch differenziertere Befunde hinsichtlich der subjektiven Verarbeitung von Prekarität. Die Konstruktion der Typologie erfolgt über eine Gewichtung von fünf Dimensionen wahrgenommener Instabilität und Unsicherheit. Diese Erfahrungsdimensionen werden jeweils der Arbeitskraftperspektive oder der Tätigkeits- bzw. Subjektperspektive zugerechnet.

Feststellung ist wichtig, weil sich Unsicherheitserfahrungen nicht auf die „Zone der Prekarität“ beschränken. Allerdings ist die Prekarität auch nicht, zumindest nicht in gleicher Weise, „überall“ zu finden.³⁸ An dieser Stelle muss es genügen, vier wichtige Befunde vorzustellen.

Erstens zeigt sich, dass sich Festangestellte und prekär Beschäftigte beim *Zukunftsbewusstsein* deutlich unterscheiden. Bei der subjektiven Bewertung ihres Beschäftigungsverhältnisses ist für die Befragten entscheidend, dass eine prekäre Beschäftigung keine Basis für eine längerfristige Lebensplanung bietet (Typ 5, 6). Familiengründung, Elternschaft oder Wohneigentum, die in den individuellen Zukunftsentwürfen der Stammbeschäftigten eine zentrale Rolle spielen, werden für prekär Beschäftigte zu einem unkalkulierbaren Risiko. Selbst für kürzere Zeitspannen gilt, dass individuelle Planungssicherheit erheblich erschwert wird. Jeder erzwungene Arbeitsplatz- oder Betriebswechsel ist zwangsläufig mit Unsicherheitserfahrungen verbunden. Das gilt umso mehr, als die Übergänge zwischen den Arbeitseinsätzen häufig durch Phasen der Arbeitslosigkeit unterbrochen werden.

Darin offenbart sich *zweitens* ein weitreichender *Bedeutungswandel von Erwerbsarbeit*: Nicht nur bei den prekär Beschäftigten, auch bei den „Verunsicherten“ (Typ 3) und „Abstiegsbedrohten“ (Typ 4), die formal noch immer in ein unbefristetes Normarbeitsverhältnis integriert sind, zeigt sich, dass abhängige Erwerbsarbeit ihre Funktion als zentrales „Bindemittel“ der Gesellschaft zu verlieren beginnt. Eine Folge ist, dass qualitative Arbeitsansprüche subjektiv in die Defensive geraten. Zwar sind arbeitsinhaltliche und sozialkommunikative Ansprüche bei den „Hoffenden“ und den „Abstiegsbedrohten“ keineswegs verschwunden; das zeigt sich etwa daran, dass prekär Beschäftigte, sobald sie den Sprung in die Stammbeschäftigung geschafft haben, bereits über Wege zum „kleinen Aufstieg mittels Weiterbildung“ nachdenken. Zudem stützt auch die berufliche Qualifikation Ansprüche auf halbwegs faire, menschenwürdige Behandlung. Eine sozial geförderte „Scheinarbeit“ (z. B. eine Tätigkeit, die zusätzlich zum Arbeitslosengeld II einen Zuverdienst von einem Euro pro Stunde ermöglicht) möchten qualifizierte „Realisten“ selbst dann nicht annehmen, wenn ihnen Erwerbslosigkeit droht. Doch letztendlich werden qualitative Arbeitsansprüche zumindest zeitweilig zurückgestellt. Der Wunsch des Leiharbeiters ist es, Stammarbeiter zu werden. Daher bestimmt die reproduktive Dimension, das Streben nach Einkommens- und Beschäftigungssicherheit, das Arbeitsbewusstsein vieler prekär Beschäftigter.

38 Das war die Formulierung Pierre Bourdieus in seiner berühmten Rede vor streikenden Arbeitern. Vgl.: Pierre Bourdieu (1998): Prekarität ist überall, in: ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz: UVK Universitätsverlag Konstanz, S. 96–102.

Drittens wird sichtbar, was ein *Leben in der „Zone der Verwundbarkeit“* ausmacht. Charakteristisch ist gerade *nicht* die vollständige Entwurzelung und Pauperisierung. Die prekär Beschäftigten befinden sich in einer eigentümlichen Schwebelage. Einerseits haben sie den Anschluss an die „Zone der Normalität“ noch immer vor Augen und müssen alle Energien mobilisieren, um den Sprung vielleicht doch noch zu schaffen. Andererseits sind permanente Anstrengungen auch nötig, um einen dauerhaften sozialen Abstieg zu vermeiden. Wer in seinen Anstrengungen nachlässt, dem droht der Absturz in die „Zone der Entkoppelung“. Aufgrund der Diskontinuität des Beschäftigungsverhältnisses besitzen die modernen „Prekariert“ keine Reserven, kein Ruhekitzen. Sie sind die Ersten, denen in Krisenzeiten Entlassungen drohen. Ihnen werden bevorzugt die unangenehmen Arbeiten aufgebürdet. Und sie sind die Lückenbüsser, die „Mädchen für alles“; ihre materiellen und qualifikatorischen Ressourcen werden mit anhaltender Unsicherheit allmählich verschlissen.

Viertens schließlich – und das ist der wichtigste Befund – zeigt sich, dass die Prekarisierung der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse einem Bumerangeffekt gleich auf die „Zone der Integration“ zurückwirkt. Stammbeschäftigte, die Leiharbeiter zunächst als wünschenswerten Flexibilisierungspuffer betrachten, beschleicht ein diffuses Gefühl der Ersetzbarkeit, wenn sie an die Leistungsfähigkeit der Externen denken. Denn „das ist eben das, was mir manchmal schlaflose Nächte bereitet, weil, wenn das jetzt schon so gut läuft, was ist dann einmal in zehn Jahren, dann sind wir Auslaufmodelle, wir Festangestellten“, gibt ein befragter Facharbeiter seine Befürchtungen preis.³⁹ An diesem Beispiel zeigt sich, dass schon die Sichtbarkeit und Erfahrbarkeit einer „Zone der Prekarität“ disziplinierend auf die Integrierten zurückwirkt – und das selbst in einem Untersuchungsbetrieb mit einer gewerkschaftlich zu weit über 90 Prozent organisierten Stammbeslegschaft von 30.000 Personen, der in der Spitze nur einige Hundert Leiharbeiter gegenüberstehen. Offenbar begünstigt die Angst vor Statusverlust und sozialem Abstieg, die in den Stammbeslegschaften ständig präsent ist, die disziplinierende Kraft der Prekarisierung. Prekarität, so lässt sich festhalten, ist offenkundig ein Kontroll- und Herrschaftsmodus, der die Produktion gefügiger Arbeitskräfte fördert.⁴⁰

39 Zur empirischen Basis der Untersuchung vgl. Fußnote 37.

40 Dazu ausführlich: Ulrich Brinkmann, Klaus Dörre, Silke Röbenack, Klaus Kraemer, Frederic Speidel (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

5 AUSWIRKUNGEN VON „HARTZ-REFORMEN“ UND STRENGER ZUMUTBARKEIT

Die disziplinierende Kraft der Prekarisierung hatte auch in Deutschland bereits eingesetzt, bevor die „Hartz-Reformen“ beschlossen waren. Worin genau besteht nun die Leistung dieser Reformen? Für Ökonomen wie Hans-Werner Sinn ist die Sache klar. „Hartz-Reformen“ und Agenda 2010 der Regierung Schröder waren ein Erfolg, weil sie den „Anspruchslohn“ gesenkt und dadurch Stellen geschaffen haben: „Die Agenda 2010 diente dazu, den impliziten Mindestlohn, der durch die Lohnersatzleistungen des Sozialsystems gebildet wurde, zu senken, um auf diese Weise mehr Stellen zu schaffen [...]. Indem weniger Geld für das Wegbleiben und mehr für das Mitmachen gezahlt wurde, sollte der Anspruchslohn fallen, also jener kritische Lohn, unterhalb dessen der Sozialstaat attraktiver als die Arbeit wirkte. Mit dem Anspruchslohn sollte auch der tatsächliche Lohn für einfache Arbeit gesenkt werden, um auf diese Weise mehr Stellen zu schaffen.“⁴¹

Nach der Sinn-Logik ist Arbeitslosigkeit ausschließlich ein Resultat von zu hohen Sozialtransfers („Lohnersatzleistungen“) und überhöhten Tariflöhnen. Folgerichtig gibt es ein einfaches Gegenmittel – die Senkung des „Anspruchslohns“. Das heißt konkret: Die Sozialtransfers müssen reduziert, die Löhne gespreizt, das Lohnniveau muss gesenkt und die Ungleichheiten müssen vergrößert werden, um, so eine Formulierung Sinns, die „steile Eigernordwand“ etwas abzuflachen, die Erwerbslose an einer Arbeitsaufnahme hindert.⁴² Wenn es das erklärte Ziel dieser Politik war, einen prekären Niedriglohnsektor expandieren zu lassen, um so Druck auf die Löhne, Gehälter, Arbeits- und Lebensbedingungen auch der außerhalb dieses Sektors Beschäftigten auszuüben, so kann tatsächlich von einem Erfolg gesprochen werden. Doch was war und ist der Preis?

ERWERBSORIENTIERUNGEN VON LEISTUNGSBEZIEHERN

Diese Frage kann anhand einer empirischen Untersuchung beantwortet werden, die zwischen 2006 und 2012 in vier deutschen Arbeitsmarktregionen durchgeführt wurde. Es handelt sich also um eine qualitative Studie ohne Anspruch auf statisti-

41 Hans-Werner Sinn (2013): *Verspielt nicht eure Zukunft*, Edition Debatte, München: Redline Verlag, S. 24 f.

42 Ebd., S. 22.

sche Repräsentativität,⁴³ dafür aber mit großer Nähe zum Alltag der Leistungsbezieher. Bei der Präsentation unserer Studie beschränke ich mich auf einige wichtige Ergebnisse.

1/ Permanente Bewährungsprobe: Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik macht den Leistungsbezug für Erwerbslose und prekär Beschäftigte, die ihre Niedriglöhne mit „Hartz IV“ aufstocken müssen, zur permanenten Bewährungsprobe. In diesen Bewährungsproben wird darüber entschieden, ob der Sprung aus dem Leistungsbezug und damit in die Gesellschaft der respektierten Bürgerinnen und Bürger gelingt. Jede Eingliederungsvereinbarung enthält Anforderungen an die Leistungsbezieher. Diese Anforderungen müssen erfüllt werden, um den Leistungsbezug zu rechtfertigen. Auf diese Weise wird der Leistungsbezug als Wettkampf inszeniert, bei dem die jeweils Erfolgreichen die Norm vorgeben, an der sich diejenigen zu orientieren haben, die den Sprung in reguläre Beschäftigung vorerst nicht geschafft haben.

2/ Verantwortungsdelegation: Je schwieriger die Arbeit mit den Leistungsbeziehern wird, desto eher neigen Sachbearbeiter dazu, die Verantwortung bei den sogenannten Kunden zu suchen. Selbst nach Zielvereinbarungen geführt, konzentrieren sich die Sachbearbeiter zunächst auf jene Erwerbslosen, die leicht zu vermitteln sind. Ist diese Gruppe vermittelt, verbleiben nur noch die schwierigeren Fälle. Zugleich steigt die Neigung der Sachbearbeiter, den verbliebenen „Kunden“ Vertragsverletzungen vorzuhalten. Wer lange im Leistungsbezug verharrt, der verhält sich in den Augen der meisten Sachbearbeiter geradezu antiemanzipatorisch, weil er, indem er von Fürsorge abhängig bleibt, gewissermaßen auf Autonomie verzichtet.

3/ Zentralität der Erwerbsarbeit: Die befragten Leistungsbezieher sehen das völlig anders. In ihrer großen Mehrzahl sind sie von sich aus aktiv bestrebt, aus dem Leistungsbezug herauszukommen. Wir haben über sieben Jahre die subjektiven Erwerbsorientierungen von Hartz-IV-Beziehern rekonstruiert. Dabei zeigt sich: Das Bild von der passiven Unterschicht, der das Aufstiegsstreben abhandengekommen ist, entspricht nicht der Realität. Stattdessen hält die große Mehrzahl der Befragten normativ selbst dann an einer Orientierung auf reguläre Erwerbsarbeit fest, wenn dieses Ziel gänzlich unrealistisch erscheint. Wir unterscheiden drei Typen von Erwerbsorientierungen (vgl. Schaubild 5 im Anhang).

43 Die empirische Basis bilden regionale Arbeitsmarktanalysen, eine Mehrfachbefragung von Praktikern, die mit der Umsetzung der Reformen betraut sind, sowie eine Mehrfachbefragung von Leistungsbeziehern, mit denen wir insgesamt 188 Interviews geführt haben. Vgl. dazu: Klaus Dörre, Karin Scherschel, Melanie Booth, Tine Haubner, Kai Marquardsen, Karen Schierhorn (2013): Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik, erschienen in der Reihe International Labour Studies – Internationale Arbeitsstudien, Band 3, Frankfurt am Main/New York: Campus.



Die „Um-jeden-Preis-Arbeiter“ tun im wahrsten Sinne des Wortes alles, um in ein Beschäftigungsverhältnis zu gelangen, das ihre Situation wirklich verbessert. Sie versuchen, die Tätigkeit der normativen Orientierung anzupassen. Die „Als-ob-Arbeiter“ halten normativ am Ziel einer regulären Erwerbsarbeit fest, sehen real aber keine Chance, es zu verwirklichen. Deshalb betreiben sie das unbezahlte bürgerschaftliche Engagement oder die sozial geförderte Tätigkeit so, als handele es sich um eine reguläre Erwerbsarbeit. Nur der dritte Typus, die „Nichtarbeiter“, machen aus dem Faktum, dass die Gesellschaft sie offenbar nicht braucht, subjektiv eine Tugend. Bei ihnen ist die normative Erwerbsorientierung erodiert. Diese Gruppe ist besonders heterogen. Sie reicht vom jugendlichen Punk bis zu Personen, die von Schattenarbeit besser leben als von einem regulären, aber prekären Job. Diese Gruppe umfasst nach Ansicht befragter Experten allenfalls 8–10 Prozent der Leistungsbezieher.

Mit Blick auf die typischen Erwerbsorientierungen lässt sich klären, was der Aktivierungsanspruch der „Hartz-Reformen“ leistet. Faktisch nichts! Bei den ersten beiden Typen läuft er gewissermaßen offene Türen ein, weil diese Gruppen von sich aus aktiv sind, selbst wenn sie kaum noch Chancen auf einen regulären Job haben. Beim dritten Typus lässt sich die Erosion der Erwerbsnorm weder mit Fördermaßnahmen noch mit Sanktionen korrigieren. Die Betroffenen verfügen zumeist über Mittel und Wege, Sanktionen zu unterlaufen, oder verrichten informelle und Schattenarbeiten, um sich „über Wasser zu halten“

4/ Zirkulare Mobilität: Den meisten Befragten gelingt der Sprung in reguläre Beschäftigung nicht; stattdessen zeichnet sich zirkulare Mobilität ab. Insgesamt haben nur fünf der von uns Befragten den Sprung in Lebensverhältnisse geschafft, die sie vom Leistungsbezug dauerhaft befreien. Die anderen durchlaufen mitunter zwei, vier, zehn und mehr berufliche Stationen. Sie springen von der Erwerbslosigkeit in den Ein-Euro-Job, von dort in die Aushilfstätigkeit, dann in eine Qualifizierungsmaßnahme und so fort, um am Ende doch wieder im Leistungsbezug zu enden. Sie rennen und rennen und treten wie in einem Hamsterrad doch nur auf der Stelle.

Dieses Phänomen einer zirkularen Mobilität belegen auch repräsentative Daten. Innerhalb von zwölf Monaten haben bis August 2012 1,97 Millionen Personen den Ausgang aus der Hilfebedürftigkeit geschafft, zeitgleich sind aber 1,76 Millionen Personen neu hinzugekommen. Von ihnen hatten während der vorausgegangenen zwölf Monate 50 Prozent bereits „Hartz IV“ bezogen.⁴⁴ Das heißt, dass es eine struk-

⁴⁴ Ebd., S. 369 f., dort weiterführende Literatur.

turelle Verfestigung des Leistungsbezugs gibt. Die durchschnittliche Verweildauer in „Hartz IV“ ist bezeichnenderweise länger als die in der alten Arbeitslosen- und auch der früheren Sozialhilfe.

5/ Überlebenshabitus und Stigmatisierung: Je länger man im Leistungsbezug verbleibt, desto stärker wird der Druck, sich einen Überlebenshabitus anzueignen, der die Betroffenen vom Rest der Gesellschaft unterscheidet. Mit zunehmender Dauer des Leistungsbezugs sind die Befragten gezwungen, sich mit materieller Knappheit, geringer gesellschaftlicher Anerkennung und einer engmaschigen bürokratischen Kontrolle ihres Alltagslebens zu arrangieren. Wenn sie sich arrangieren, separiert sie das vom Rest der Gesellschaft. Separieren sie sich, eignen sich ihre Lebensentwürfe als Objekt für kollektive Abwertungen. Gerade *weil* sich die Leistungsbezieher an widrige Bedingungen anpassen, werden sie zur Zielscheibe negativer Klassifikationen durch die sogenannte Mehrheitsgesellschaft. Aus diesem Grund begreifen sich die befragten Leistungsbezieher als Angehörige einer stigmatisierten Minderheit, die alles dafür tun muss, um Anschluss an gesellschaftliche Normalität zu finden. „Hartz IV“ konstituiert einen Status, der für die Leistungsbezieher eine ähnliche Wirkung entfaltet wie die Hautfarbe im Falle rassistischer oder das Geschlecht bei sexistischen Diskriminierungen. Die Erwerbslosen und prekär Beschäftigten sind diskreditierbar. Haftet es einmal an der Person, können sich die Betroffenen des Stigmas „Hartz IV“ nur noch schwer entledigen.

6/ Anspruchsreduktion und Abschreckung: Die Hartz-IV-Logik verlangt, jene qualitativen Ansprüche an Arbeit und Leben aufzugeben, die Engagement bei der Arbeitssuche überhaupt erst motivieren. Besonders aktiv bei der Stellensuche sind ausgerechnet diejenigen, die nicht alle Ansprüche an Arbeit und Leben aufgeben. Die Hartz-IV-Logik verlangt das Gegenteil. Wenn sich im Zuge zirkularer Mobilität Verschleiß einstellt, setzt Anspruchsreduktion ein – und genau das erzeugt letztendlich Resignation und Passivität. Insofern bewirkt „Hartz IV“ mit seinen strengen Zumutbarkeitsregeln das Gegenteil von dem, was die aktivierende Arbeitsmarktpolitik eigentlich zu leisten beabsichtigt. Länger im Leistungsbezug zu verweilen bedeutet, eine Position unterhalb einer unsichtbaren „Schwelle der Respektabilität“ einzunehmen. Deshalb schreckt „Hartz IV“ ab. Die Bereitschaft auch der Noch-Beschäftigten, unterwertige, prekäre Jobs anzunehmen, um einen Status gesellschaftlicher Missachtung zu vermeiden, nimmt zu. Eine verbreitete Angst, auf eine Position unterhalb der Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität abzurutschen, diszipliniert auch die Noch-Beschäftigten und Festangestellten. Sie sind im wahren Sinne des Wortes bereit, (fast) alles zu tun, um die Festanstellung zu erhalten, die sie zunehmend als Privileg betrachten.



Die Angst, auf einen Status abzurutschen, der gesellschaftlich nicht respektiert ist, fördert den Trend zu einer exklusiven Solidarität von Stammbeschäftigten. Um zu verdeutlichen, was mit exklusiver Solidarität gemeint ist, sei exemplarisch auf Belegschaftsumfragen verwiesen, die wir von 2010 bis 2012 bei einem süddeutschen Automobilhersteller mit 5.000 Beschäftigten durchführen konnten. Wir haben insgesamt 1.442 Arbeiter, 618 Angestellte und 262 Führungskräfte befragt. 51 Prozent der befragten Arbeiter waren der Meinung, dass eine Gesellschaft, die jeden auffängt, auf Dauer nicht überlebensfähig ist (vgl. Schaubild 6 im Anhang). 54 Prozent teilten die Ansicht, dass größerer Druck auf Langzeitarbeitslose ausgeübt werden müsse. Nur kleine Minderheiten lehnten diese Aussagen explizit ab (vgl. Schaubild 7 im Anhang). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Werk lag bei über 90 Prozent. Die Zustimmung zu den genannten Items war bei den angestellten Sachbearbeitern und selbst bei den Führungskräften deutlich geringer als bei den in der Produktion Beschäftigten. Dies sind Indikatoren für eine exklusive Solidarität von Stammbeschäftigten, die sich nicht nur gegenüber „oben“, sondern auch von „anders“ und „unten“ abgrenzen wollen. Erwerbslose, denen es in den Augen der Stammbeschäftigten nicht gelingt, sich aus der Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge zu befreien, lösen offenbar Distinktionsbedürfnisse und Entsolidarisierung aus. Selbst von Abstiegsängsten geplagt, tendieren auch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter dazu, Konkurrenzen mit dem Mittel des Resentiments auszutragen.⁴⁵

Fassen wir zusammen: Die „Hartz-Reformen“ sind ein Klassenprojekt von oben. Die politische Logik der Reformen läuft darauf hinaus, dass die Mittelschichten und die in den Arbeitsmarkt integrierten Lohnabhängigen ihre Solidarität mit den prekarierten und ausgegrenzten Gruppen aufkündigen. Dafür gibt es, wie gezeigt, durchaus Anknüpfungspunkte im Bewusstsein von Stammbeschäftigten. Unbestritten waren die „Hartz-Reformen“ bei der Expansion eines Sektors mit prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen sehr erfolgreich. Sie haben zur Absenkung des Lohnniveaus beigetragen und, wie auch Kritiker einräumen, den Druck erhöht, „eine Arbeit zu den auch schlechtesten Konditionen anzunehmen – im Bereich von Niedriglöhnen, Leiharbeit, befristeter Beschäftigung, Teilzeittätigkeiten oder Minijobs“.⁴⁶

45 Vgl.: Klaus Dörre, Anja Happ, Ingo Matuschek (2013) (Hrsg.): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben, Hamburg: VSA.

46 Steffen Lehndorff (2012): Vom kranken Mann zur schwäbischen Hausfrau. Die neue Karriere des „Modells Deutschland“, in: ders. (Hrsg.): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt. Zehn Länderstudien, Hamburg: VSA, S. 98 f.

Doch die Erwerbstätigkeit ist nicht gestiegen, weil das Absenken des „Anspruchslohns“ zuvor unsichtbare Arbeitsplätze sichtbar gemacht hätte, wie Hans-Werner Sinn und andere behaupten. Das Gegenteil ist richtig. Die Aufwertung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, wie sie mit den „Hartz-Reformen“ verbunden war, schafft aufseiten der Wirtschaft Anreize, Stellen mit Löhnen anzubieten, die nicht einmal die Existenz der Beschäftigten absichern. Faktisch werden Betriebe staatlich subventioniert, die Löhne anbieten, die nicht einmal die Reproduktionskosten der Arbeitskraft decken. Und auch dieses Phänomen verfestigt sich. Während die Zahl der Grundsicherungsempfänger zwischen 2007 und 2012 von durchschnittlich 5,3 auf 4,4 Millionen zurückgegangen ist, hat die Zahl der Aufstocker – gemeint sind Personen, die ihren Lohn mit Arbeitslosengeld II aufbessern müssen – von 1,2 auf 1,3 Millionen zugenommen. Von den 4,46 Millionen erwerbsfähigen ALG-II-Beziehern waren 30 Prozent erwerbstätig. Ihre durchschnittlichen Stundenlöhne lagen bei 6,20 Euro; zwei Drittel arbeiteten mehr als 10 Wochenstunden, 40 Prozent mehr als 21 Stunden.⁴⁷

Befürworter der „Hartz-Reformen“, die ansonsten gegen alle möglichen Subventionen zu Felde ziehen, bejubeln dies als großen Erfolg. Doch das ist in zweifacher Hinsicht falsch. *Erstens* wird, das haben wir bereits gezeigt, mittels Prekarisierung keine neue Arbeit geschaffen. Das vorhandene – und über Jahrzehnte schrumpfende – Arbeitsvolumen wird lediglich ungleich verteilt, und selbst bei qualifizierten Beschäftigten entsteht ein Zwang, im Zweifelsfall einen prekären Job annehmen zu müssen, um „Hartz IV“ zu vermeiden. Dass dies die Beschäftigungschancen von weniger Qualifizierten mindert, liegt auf der Hand.

Zweitens operieren die Reformbefürworter mit einer schlichten Drinnen-draußen-Semantik. Jede Arbeit, so ihre Devise, ist besser als keine. Dabei übersehen sie, was prekäre Arbeit mit jenen macht, die gezwungen sind, sie auszuüben. Unsicher Beschäftigte sind weder vollständig „draußen“ noch auf einem sozialen Niveau in die Gesellschaft integriert, das ihnen Anschluss an „Normalität“ ermöglichen würde. Sie sind, bei differierenden Erwerbslagen, gleichermaßen „drinnen“ und „draußen“. Genau das besagt die Prekaritätsdiagnose. Langer Verbleib in prekären Verhältnissen und die Stigmatisierung durch „Hartz IV“ haben jedoch Folgen. Die Betroffenen brennen regelrecht aus, sie geraten in einen Ohnmachtswirbel aus erzwungener Anpassung und Stigmatisierung, aus dem es für sie kaum ein Entkommen gibt. „Hartz IV“ markiert für die von uns befragten Grundsicherungsempfänger einen Status unterhalb einer Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität. Es

47 Kerstin Bruckmeier, Jürgen Wiemers (2014): Begrenzte Reichweite. Die meisten Aufstocker bleiben trotz Mindestlohn bedürftig, IAB-Kurzbericht 7/2014, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.

handelt sich in der Selbst- wie in der Fremdwahrnehmung um einen Status der Würdelosigkeit, dem die Betroffenen nach Möglichkeit zu entkommen suchen oder den sie, so ein Statuswechsel nicht realisierbar ist, kaschieren und umdeuten, um ihn einigermaßen lebbar zu machen. „Hartz IV“ bezeichnet daher in der deutschen Arbeitsgesellschaft einen politisch konstruierten unteren Referenzpunkt für Prekarität. Unterhalb des so bezeichneten Niveaus der Fürsorgeabhängigkeit befinden sich in der nationalen Gesellschaft allenfalls informelle Gelegenheitsarbeiter, illegale Migranten, Obdachlose und andere sozial „unsichtbare“ Gruppen außerhalb des Leistungsbezugs.

Nimmt man die Gleichwertigkeit aller Menschen als Maßstab, an dem sich das aktivierende Arbeitsmarktregime messen lassen muss, so ist das Ergebnis der Reformen beschämend. Die Arbeitsmarktstatistik mag glänzen, der Preis dafür ist eine Verwilderung des Arbeitsmarktes. Die Würde der Hilfebedürftigen und ihr Anspruch auf Unversehrtheit geraten zunehmend unter die Räder eines außer Kontrolle geratenen Wettkampfprinzips. Eine solche Praxis ist kein Erfolgsmodell. Nicht für Deutschland und schon gar nicht für Europa.

6 FAZIT: LEHREN FÜR EUROPA

Damit kommen wir zu unseren Ausgangsfragen zurück. Was verbirgt sich hinter dem „deutschen Jobwunder“? Gibt es etwas, was sich vom „deutschen Modell“ lernen lässt? Und was sind die Alternativen?

WAS VERBIRGT SICH HINTER DEM „DEUTSCHEN JOBWUNDER“?

Die Antwort lautet: eine Wiederkehr „unwürdiger“, weil gesellschaftlich missachteter Arbeit. Die feudalen Gesellschaften des 15. bis 18. Jahrhunderts ließen Bettler und Vagabunden die disziplinierende Gewalt von Zünften und der Armenpolizei spüren. Die Freisetzung aus der hierarchischen Ordnung, wie sie sich im Übergang zur industriell-kapitalistischen Produktionsweise vollzog, bedeutete für die Betroffenen häufig Zwangsverarmung. Die Gewalt der zerfallenden feudalen Ordnung richtete sich gegen potenzielle Lohnarbeiter. Es entstand „unwürdige Lohnarbeit“, deren Nützlichkeit anerkannt wurde, ohne dass dies mit gesellschaftlicher Wertschätzung verbunden war.

Im Zuge der Freisetzung von Lohnabhängigen und ihrer Familien aus wohlfahrtsstaatlichen Sicherungen ist es, auch in Deutschland, auf einem völlig anderen gesellschaftlichen Reichtums- und Sicherheitsniveau zu einer Wiederkehr dieses Phänomens gekommen. Die prekarierten Gruppen der postwohlfahrtsstaatlichen Ära sind die „Vagabunden“ des 21. Jahrhunderts.⁴⁸ Sie sehen sich mit einem historisch neuen Typus diskriminierender Prekarität konfrontiert, der zunehmend auch jene Bevölkerungsteile erfasst, die zuvor zu den Gesicherten zählten.

In der gesellschaftlichen Wahrnehmung konstituiert die Prekarisierung eine Hierarchie, in der diejenigen, die in den schwierigsten Verhältnissen leben und die zugleich über die geringsten Machtressourcen verfügen, sich als Angehörige minoritärer Gruppen erleben, deren alltägliche Lebenspraxis von den Standards der „Mehrheitsgesellschaft“ abweicht. Dieser Sonderstatus wird auch über Geschlecht, Nationalität und Ethnie konstruiert; er stellt jedoch etwas Eigenes dar. Immer scheint es, als lasse sich die nächste Stufe in der sozialen Hierarchie, die ein wenig Mehr an „Normalität“ verspricht, durch eigene Anstrengung erklimmen. Prekarität in reichen Gesellschaften wie der Bundesrepublik ist daher nicht nur eine soziale Lage oder eine vorübergehende Pathologie. Es handelt sich um ein Kontroll- und Disziplinierungsregime, das die Arbeitsgesellschaften insgesamt verändert. Die präsentierten empirischen Befunde belegen eine Entwicklung, in der Prekarität hinter der Fassade einer vermeintlichen Rekorderwerbsbeteiligung zu einer „normalen“

⁴⁸ Robert Castel (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg: Hamburger Edition, S. 68.

Organisationsform der Arbeit mit ihren eigenen Merkmalen und Existenzformen“ geworden ist.⁴⁹ Diese Existenzweise bringt offiziell registrierte Arbeitslosigkeit zum Verschwinden, indem sie Erwerbslose in unsichere, instabile Beschäftigungsverhältnisse integriert, die ihrerseits sozial geschützte Beschäftigungsverhältnisse verdrängen. „Hartz IV“ entfaltet dabei eine ähnliche Wirkung wie die Armenhäuser und die Zwangsmaßnahmen in der zerfallenden Feudalordnung. Leistungsbezieher der Grundsicherungen gehören in Deutschland zu den „neuen Vagabunden“, denen mit dem Sozialbürgerstatus zugleich ihre Würde genommen wird.

GIBT ES ETWAS, WAS SICH VOM „DEUTSCHEN MODELL“ LERNEN LÄSST?

Die Antwort ist ein „Nein, aber!“ Der alte Sozialkapitalismus, das dürfte deutlich geworden sein, ist nicht mehr existent. Die Metamorphose, die er durchlaufen hat, trägt wesentlich zur Schiefelage in Europa bei. Prekäre Beschäftigung und Niedriglohnsektor hängen wie ein Bleigewicht an den Löhnen und Gehältern abhängig Beschäftigter. Eine Folge ist, dass die Ungleichheit zwischen kapitalbesitzenden und kapitallosen Klassen zunimmt. Verdienten Dax-Manager in Deutschland 1987 wie auch noch Mitte der 1990er Jahre in etwa das 14-Fache der im selben Unternehmen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, lag die Relation zu Beginn der 2000er Jahre schon beim 24-Fachen, um danach auf das 54-Fache anzusteigen.⁵⁰ Demgegenüber hat es bei den Nettolöhnen zwischen 2000 und 2010 mit Ausnahme des obersten Zehntels der Lohnbezieher Einbußen gegeben;⁵¹ die Reallöhne sind allein seit der Jahrtausendwende um durchschnittlich rund 4 Prozent gesunken. Erst in jüngster Zeit ist es den Gewerkschaften gelungen, die Produktivitätsspielräume wieder auszuschöpfen. Die schon immer ungleiche Verteilung der Vermögen hat im Zeitverlauf ebenfalls weiter zugenommen. Das obere Zehntel der Haushalte verfügt über mehr als 50 Prozent der Vermögenseinkünfte, während die unteren 50 Prozent der Haushalte nur gut 1 Prozent der Nettovermögen, also so gut wie nichts besitzen.

Insgesamt zeichnet sich in Deutschland eine deutliche Umverteilung zugunsten der Vermögenseinkommen und der einkommensstarken Haushalte ab. Damit wird aber genau jener Trend gestärkt, der inzwischen als eine wesentliche Ursache der globalen Finanzkrise gilt. Die neue „Dienstklasse des Finanzkapitalismus“

49 Ebd., S. 136.

50 Joachim Schwalbach (2011): Vergütungsstudie 2010. Vorstandsvergütung und Personalkosten. DAX30-Unternehmen 1987–2009, o. O.

51 Karl Brenke (2012): Einkommensverteilung, Sparen, Konsum und Wirtschaftsleistung. Ein Rückblick auf die letzten zehn Jahre, in: Matthias Machnig (Hrsg.): Welchen Fortschritt wollen wir? Neue Wege zu Wachstum und sozialem Wohlstand, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 84–102.

zu der Investment-, Pensions- und Hedgefonds-Manager ebenso gehören wie Investment-Banker und Analysten, schöpft den wachsenden Reichtum, der sich als vagabundierende Liquidität auf den Finanzmärkten darstellt, ab, um ihn in Finanzprodukte und Eigentumsrechte an Unternehmen zu transferieren. Die sozialstrukturelle Verfestigung von Interessen, die organisch mit dem modernen Finanzkapital verbunden sind, hat erheblich zur Krisenanfälligkeit des Gegenwartskapitalismus beigetragen. Finanzkapitalistische Interessen, die einen „schlanken Staat“, niedrige Steuern sowie möglichst geringe Arbeits- und Reproduktionskosten einklagen, sind eine wesentliche Triebkraft für die „schöpferische Zerstörung“ des Sozialkapitalismus, und sie haben erheblich zu den wirtschaftlichen Ungleichgewichten in Europa beigetragen.

Wenn überhaupt von einem Erfolg gesprochen werden kann, so gilt das für die Konsolidierung des industriellen Sektors. Mit einem Anteil von 30,5 Prozent an der Bruttowertschöpfung der Europäischen Union ist Deutschland mit Abstand die wichtigste europäische Industrienation. Während der Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung seit der Jahrtausendwende in allen anderen EU-Staaten rückläufig ist, hat er in Deutschland leicht (um 0,1 Prozent) zugenommen. Zusammen mit Österreich ist Deutschland zugleich das einzige EU-Land, in dem die Industriebeschäftigung nach 2008 um rund 6 Prozent gestiegen ist.⁵² Herzstück des Industriesektors sind der Maschinenbau und die Automobilindustrie (2011 jeweils ca. 16 Prozent an der industriellen Bruttowertschöpfung). Beide Branchen zeichnen sich durch ihren hohen Exportanteil (2012: 62 Prozent und 64 Prozent) aus. Viele Unternehmen der genannten Branchen können auf eine lange Tradition zurückblicken. Sie kooperieren eng mit etablierten Zuliefernetzen, Ausrüstern und Forschungseinrichtungen und sind trotz ihres häufig mittelständischen Charakters und ihrer von Familien geprägten Eigentümerstrukturen international gut positioniert. Zur Stabilität des industriellen Sektors trägt bei, dass die Exportbranchen besonders gut auf die wachsende Nachfrage aus Asien und insbesondere aus China eingestellt sind. Produkte deutscher Unternehmen werden für den wirtschaftlichen Aufholprozess benötigt oder von einer rasch wachsenden Mittelschicht dieser Länder nachgefragt.

52 Deutsche Bank (2013): Re-Industrialisierung Europas: Anspruch und Wirklichkeit. EU Monitor. Europäische Integration, Frankfurt am Main: DB Research, S. 6.

Aus diesem Grund ist es gelungen, „die industrielle Wertschöpfung in Deutschland zu steigern, obwohl es im Exportsektor nach wie vor ein Hochlohnstandort ist.“⁵³

Mit anderen Worten: Erfolgreich ist die deutsche Wirtschaft vor allem dort, wo die diversifizierte Qualitätsproduktion noch einigermaßen funktioniert. Während die Beschäftigten in anderen Sektoren überdurchschnittliche Einbußen hinnehmen mussten, ist es in der industriellen Exportwirtschaft gelungen, die effektiven Löhne zumindest zu halten oder gar zu steigern.⁵⁴ Dieses „Industriemodell“ lässt sich aber nicht auf andere Länder übertragen. Es funktioniert aufgrund lange gewachsener Kooperationsbeziehungen und nicht nur trotz, sondern wegen vergleichsweise hoher Löhne. Dass es während der großen Krise von 2008/09 gelungen ist, diesen industriellen Sektor zu erhalten, ist das Resultat eines Krisenmanagements, das – unter maßgeblichem Einfluss der Industriegewerkschaften – faktisch eine Abkehr von der Agenda-Politik der Regierung Schröder und eine Rückkehr zur Industriepolitik und zu beschäftigungspolitischen Maßnahmen aus den 1980er und 1990er Jahren bedeutete. Staatlich finanzierte Langzeitkurzarbeit und Prämien für das „Abwracken“ älterer Pkw sorgten dafür, dass die Beschäftigung während der Krise nicht dramatisch einbrach. Vielfach bedurfte es konfliktfähiger Betriebsräte und Gewerkschaften, um sicherzustellen, dass beschäftigungssichernde Maßnahmen auf der Betriebsebene auch realisiert wurden.⁵⁵

Allerdings, auch das sei hinzugefügt, war dieser Krisenkorporatismus nicht überall und gleichermaßen erfolgreich. Das Krisenmanagement hat den Industriegewerkschaften zu neuer gesellschaftlicher Anerkennung verholfen und ihnen neue Mitglieder beschert. Erfolgreich war es vor allem für Stammbeschäftigte in Exportbranchen. In schwächer organisierten Dienstleistungsbereichen mit hohen Frau-

53 Ebd., S. 7. 40 Prozent der Industriebeschäftigten arbeiten in technologieintensiven Branchen, die zugleich die wichtigsten Wachstumstreiber darstellen. Bemerkenswert ist zudem, dass sich der Trend zur Verlagerung von Produktion, trotz vergleichsweise hoher Arbeitskosten (durchschnittlich fast 37 Euro pro geleisteter Arbeitsstunde; zum Vergleich: Tschechien 10 Euro, Polen 6,65 Euro), deutlich abgeschwächt hat. Gaben im Jahr 2006 noch 15 Prozent der Firmen an, in den beiden vorausgegangenen Jahren Produktionsverlagerungen in das Ausland getätigt zu haben, so waren es in den Jahren 2010–2011 nur noch 11 Prozent (gegenüber 25 Prozent Mitte der 1990er Jahre). 2003 waren für 87 Prozent der Unternehmen, die Produktionsverlagerungen realisiert hatten, niedrige Lohnkosten der Hauptgrund, 2012 ist dieser Anteil auf 71 Prozent gesunken. Insgesamt nimmt der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten der Industrie kontinuierlich ab. Inklusive der Kosten für Leiharbeiter liegt er deutlich unter der 20-Prozent-Marke.

54 „Vergleicht man die Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer für exportorientierte und nicht exportorientierte Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, so zeigt sich, dass Erstere höhere Löhne zahlen. Die Differenz in den beobachteten Durchschnittslöhnen ist zwischen den Jahren 1996 und 2008 von gut 40 auf rund 55 Prozent gestiegen. In den Jahren 2004 und 2007 wurden kurzfristig sogar fast 70 Prozent erreicht.“ Nach Prüfung aller „verzerrenden“ Variablen bleibt immer noch ein Lohnunterschied von 6 bis 13 Prozent. Vgl.: Andreas Hauptmann, Hans-Jörg Schmerer (2012): Lohnentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe. Wer profitiert vom deutschen Exportboom? IAB-Kurzbericht 20/2012, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.

55 Vgl. Beiträge in: Stefan Schmalz, Klaus Dörre (2013) (Hrsg.): Comeback der Gewerkschaften. Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt am Main/New York: Campus.

enanteilen ließ sich Vergleichbares nicht durchsetzen. Das erfolgreiche Krisenmanagement hat die Machtasymmetrien am Arbeitsmarkt daher nicht grundlegend zugunsten „schwacher Interessen“ und prekär Beschäftigter korrigieren können. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auf einen zentralen Schwachpunkt des deutschen Wirtschaftsmodells zu verweisen. Die Förderung des exportorientierten Industriesektors ist in Deutschland traditionell mit einer Geringschätzung und Abwertung von Humandienstleistungen und reproduktiven Tätigkeiten verbunden.

Den exportstarken Branchen mit hohen Anteilen an qualifizierten Beschäftigten im Hochtechnologiebereich steht ein expandierender Sektor mit niedrig entlohnten, instabilen und häufig wenig anerkannten Dienstleistungstätigkeiten gegenüber, dessen Arbeitsproduktivität nach herkömmlichen Maßstäben hinter der des industriellen Sektors zurückbleibt. Zugleich verschiebt sich, an Beschäftigungsverhältnissen gemessen, das Gewicht zwischen den Branchen. Allein in der stark expandierenden Sozialwirtschaft, deren Anteil an der Gesamtbeschäftigung innerhalb eines Jahrzehnts von 4,5 Prozent auf 6,2 Prozent gestiegen ist, arbeiten rund 1,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. In den Bereichen Altenpflege, Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe sind damit ebenso viele Menschen tätig wie im Maschinen- und Fahrzeugbau, dem industriellen Herzstück der deutschen Wirtschaft. Daran zeigt sich: In Relation zu den hochproduktiven Exportbranchen nimmt das Gewicht des weniger produktiven, aber beschäftigungsintensiven Sektors mit bezahlten Sorgearbeiten (gemeint sind alle Tätigkeiten, die der „Herstellung von Arbeitskraft“ dienen) zu. Aus der Exportperspektive erscheint dies zumindest einzelwirtschaftlich als Kostenproblematik, weil die professionellen Reproduktionstätigkeiten zu einem erheblichen Teil über staatliche Transfers finanziert werden. Staatliche Politik hat den Austausch zwischen Exportsektor und Sorgearbeiten als einen „Stoffwechsel“ zwischen aufgewerteten inneren und abgewerteten äußeren, weil nicht nach dem Prinzip des Äquivalententauschs funktionierenden Märkten gestaltet. Eine wettbewerbsorientierte Steuerpolitik, die den Zufluss von liquidem Kapital sichern soll, Vermögende und Unternehmen entlastet und so Einnahmeprobleme des Staates verursacht, lässt großzügige Transfers zugunsten von Humandienstleistungen und bezahlten Sorgearbeiten nicht zu. Staatliche Aufgaben müssen über die Privatisierung öffentlichen Vermögens und mittels Kreditaufnahmen finanziert werden. Während die privaten Vermögen wachsen und ihre Konzentration zunimmt, werden öffentliche Vermögenswerte „abgeschmolzen“. Eine höhere Nachfrage nach Sorgeleistungen ist daher staatlich kaum zu finanzieren. Die Bereitstellung von Sorgeleistungen als öffentlichem Gut gerät zusätzlich unter Druck, weil es an staatlich finanzierter zahlungsfähiger Nachfrage mangelt. Darauf reagieren die maßgeblichen Akteure mit einem Mix aus Kommodifizierung,



Verwettbewerblichung, Prekarisierung der Arbeitsbedingungen und Rückverlagerung von Sorgeleistungen in die Privathaushalte.

Verwettbewerblichung bedeutet, dass (halb-)staatliche und Non-Profit-Organisationen, die Sorgeleistungen bereitstellen, sich in ihrer Funktionsweise mehr und mehr gewinnorientierten Unternehmen annähern. Nach Sombart schafft sich die kapitalistische Wirtschaftsgesinnung ihre eigenen Organisationen, indem sie die Abläufe Zwecksetzungen unterordnet, die auf möglichst exakten quantitativen Kalkulationen beruhen. Ein solcher Prozess lässt sich im Bereich bezahlter Sorgearbeiten beobachten. Entgegen ihrer an der Person und dem Körper orientierten Logik werden helfende und pflegende Tätigkeiten standardisiert, zerlegt, in Zeitvorgaben gezwängt, betriebswirtschaftlichen Kostenkalkülen unterworfen und auf diese Weise vereinnahmt, ohne dass sie deshalb dem Gewinninteresse kapitalistischer Unternehmen unmittelbar subsumiert sein müssen. Diese Art des „Stoffwechsels“ lässt professionelle Sorgearbeiten zu einem äußeren Markt werden, dessen Organisationen sich mehr und mehr in betriebswirtschaftlich kalkulierende Unternehmen verwandeln, während Beschäftigte in dem Sozialunternehmen zunehmend in prekäre Beschäftigungsverhältnisse geraten, die bei Einkommen, Arbeitsbedingungen und gesellschaftlicher Wertschätzung wohlfahrtsstaatlich normierte Standards deutlich unterschreiten.

Der deutsche Exportismus beruht, so können wir festhalten, auf einer kapitalistischen Landnahme auch der Humandienstleistungen und Sorgearbeiten. Landnahme bedeutet im deutschen Fall Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Exportsektors mittels verstärkter Abwertung und Prekarisierung von (bezahlten) Sorgearbeiten. Dabei stehen sich die Sektoren keineswegs als homogene Blöcke mit antagonistischen Interessen gegenüber. Auch im Exportsektor wird ein auf „Sozialeigentum“ gegründeter Bürgerstatus aufgebrochen, auch hier finden sich prekär Beschäftigte und die Disziplinierung von Stammebelegschaften. Im Falle der Sorgearbeiten ist ein Sozialbürgerstatus aber gar nicht oder nur schwach institutionalisiert. Traditionell eine Domäne von Frauenarbeit, lassen sich seit Langem reproduzierte geschlechter-spezifische Diskriminierungsmechanismen nutzen, um die gesellschaftliche Abwertung dieses Bereichs zu konservieren und so Reproduktionskosten zu senken.

GIBT ES ALTERNATIVEN?

Wenn man in Europa etwas von einem „deutschen Modell“ lernen kann, so in erster Linie vom alten und nur noch als subdominante Realität existenten Sozialkapitalismus, der die Lohnabhängigen und ihre Familien zumindest partiell an den Produktivitätszuwächsen teilhaben ließ. Noch halbwegs robuste soziale Sicherungen und einigermaßen konfliktfähige Gewerkschaften, das belegt das deutsche

Krisenmanagement, sind eine Mindestbedingung für soziale Nachhaltigkeit, die sich als Bestandfestigkeit gegenüber Krisen definieren lässt. Dennoch gibt es keinen Grund, angesichts des Abdankens des alten Sozialkapitalismus in Wehmut zu verfallen. Die Abwertung von Humandienstleistungen und reproduktiven Tätigkeiten ist ein Erbe aus vergangenen Zeiten, das selbst während der Blütezeit dieser Kapitalismusvariante auf besonders verfestigten sexistischen und rassistischen Diskriminierungen beruhte. Für die tagespolitische Auseinandersetzung lässt sich immerhin festhalten, dass die politischen Eliten in Deutschland mit einer Art Doppelstrategie agieren. Im Inneren sind sie, nicht zuletzt aufgrund des Drucks aus der Gesellschaft, dabei, mit einem gesetzlichen Mindestlohn zumindest die schlimmsten Folgen der Agenda-Politik zu korrigieren. In Europa verfolgt die Regierung Merkel einen anderen Kurs. Hier ist sie die Protagonistin eines Austeritätsregimes, das den Geist von „Hartz IV“ auf die Krisenländer anwendet.

Die Folgen lassen sich zum Beispiel in Griechenland besichtigen. Dort hat die Austeritätspolitik die wirtschaftliche Rezession zusätzlich verstärkt. Als Folge stieg die Arbeitslosigkeit von 7,7 Prozent (2008) auf 24,3 Prozent (2012), die Jugendarbeitslosigkeit im selben Zeitraum von 22,1 Prozent auf 55,3 Prozent an. Mittlerweile sind mehr als die Hälfte aller Erwerbslosen Langzeitarbeitslose, das heißt mehr als ein Jahr ohne Job. Allein zwischen 2010 und 2011 fiel das Durchschnittseinkommen um 8 Prozent, die Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor betragen 20 Prozent, im Extremfall sogar 50 Prozent. Der Anteil nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse ist auf 36 Prozent gestiegen. Rentenkürzungen bewegen sich zwischen 14 und 48 Prozent; die Obdachlosigkeit, von der zunehmend auch gebildete Personen betroffen sind, liegt 45 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Auch die Selbstmordrate erreicht Rekordwerte, nach einem Anstieg um 25 Prozent (2009–2010) hat sie im Folgejahr noch einmal um 40 Prozent zugenommen.⁵⁶

Hinter solchen Zahlen verbirgt sich der Übergang zu einem neuen Gesellschaftstypus. Inmitten der Eurozone bilden sich Gesellschaften heraus, wie sie in ihrer informellen Struktur lange Zeit nur aus dem globalen Süden bekannt waren. Ökonomische Schrumpfung und eine damit verbundene Landnahme des Sozialen erzeugen Gesellschaften, in denen nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern mehr oder minder alle gesellschaftlichen Basisinstitutionen und Lebensverhältnisse instabil geworden sind. In diesen Gesellschaften leben Bevölkerungsmehrheiten in prekären Verhältnissen; soziale Unsicherheit ist zu einem Dauerzustand geworden. In einem

⁵⁶ Zu diesen Daten vgl.: Maria Markantonatou (2014): Die Entwicklung der Arbeit, die Automatik der Sparpolitik und die Krise in Griechenland, in: Klaus Dörre, Kerstin Jürgens, Ingo Matuschek (Hrsg.): Arbeit in Europa: Marktfundamentalismus als Zerreißprobe, Frankfurt am Main/New York: Campus.



Regime, das auf Instabilität in Permanenz gegründet ist, bedeutet Regieren eine Maximierung von Unsicherheit bei gleichzeitiger Gewährung jenes Minimums an sozialer Absicherung und Regulierung, das gerade noch notwendig ist, um Aufstände und Revolten zu vermeiden oder doch unter Kontrolle zu halten. Ob und wie lange dies gelingen kann, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine völlig offene Frage. Wenn Deutschland ein Beispiel für Europa sein soll, dann, so viel ist gewiss, können die Anregungen weder aus dem alten noch aus dem neuen „Modell“ bezogen werden. Ein alternatives Modell mit Anregungsfunktion hätte für Wege zu stehen, die geeignet sind, die Verwettbewerblichung und Prekarisierung von Arbeit umzukehren. Dazu seien abschließend zwei Überlegungen präsentiert:

1/ Europa benötigt offenkundig einen neuen demokratischen Impuls, eine neue Variante des „demokratischen Klassenkampfes“. Dieser Gedanke besagt, was Etienne Balibar stellvertretend für viele andere sinngemäß so formuliert hat: Demokratie muss gegenwärtig weniger von ihren Institutionen als von ihren – vor allem oppositionellen – Akteuren, von sozialen Bewegungen, von Bereitschaft zu Protest und Widerständigkeit her definiert werden. Dem ist hinzuzufügen, dass eine Zivilgesellschaft, der es um die längerfristige Prägung solidarischer Orientierungen geht, mindestens dreierlei zu leisten hat. *Erstens* muss sie die Einsicht verbreiten, dass von Solidarität nur die Rede sein kann, sofern diejenigen, die vom Prozess der europäischen Einigung am meisten profitiert haben, nun auch die Hauptlast der Konsolidierung tragen. *Zweitens* jedoch – und hier stimme ich Claus Offe zu – lassen sich solche Einsichten nur verankern, wenn zugleich daran gearbeitet wird, dass die Europäer sich „gegenseitig nicht primär durch ihre Staatsangehörigkeit, sondern als Individuen und Angehörige sozialer Klassen zur Kenntnis nehmen“⁵⁷. Dies wäre *drittens* die Voraussetzung dafür, dass der angehäuften private Reichtum, der sich paradoxerweise mit jeder Krise vergrößert, angemessen besteuert und zugunsten vor allem der verwundbarsten Gruppen umverteilt werden kann. Selbiges wäre im Übrigen auch eine wesentliche Voraussetzung für ökologisches Umsteuern, denn nur in vergleichsweise egalitären Gesellschaften gibt es eine realistische Chance, positionalen und daher auf permanente Steigerung gerichteten Konsum zu überwinden. Die Wiederbelebung des demokratischen, das heißt innerhalb demokratischer Spielregeln ausgetragenen Klassenkampfes ist eine Grundbedingung für die Überwindung der europäischen Krise. Sie ist zugleich eine Alternative zur Verwilderung des sozialen Konflikts, die sich schon jetzt in Aufständen, Revolten, in *labour unrest* und teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen bemerkbar macht. Damit bin ich bei meinem zweiten Gedanken.

57 Claus Offe (2013): Europa in der Falle, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2013, S. 67–80.

2/ Die verbleibende Hoffnung für Europa liegt darin, dass sich ein neuer demokratischer Grundkonsens herausbildet, der wesentlich von unten geformt und durch soziale Bewegungen und Proteste vermittelt werden muss. In diesem Zusammenhang lautet – auch um einen Kompass für konterhegemoniale Bewegungen zu haben – meine These: Als Antwort auf die Krise benötigen wir ein Leitbild ökologisch und sozial nachhaltiger, demokratisch verfasster Arbeit. Es geht um ein Leitbild, das Elemente von Bruch mit Reform von und Alternativen zur kapitalistischen Wettbewerbslogik beinhaltet. Dafür gibt es Anknüpfungspunkte in den Gegenwartsgesellschaften. Schon jetzt können kapitalistische Ökonomien nicht in Reinform existieren. Sie bleiben auf die Funktionsfähigkeit von Sektoren angewiesen, die weder nach Wachstumsimperativen funktionieren noch dem Profitmotiv gehorchen. Das gilt für einen erheblichen Teil der angesprochenen ernährenden, erziehenden, bildenden, pflegenden und sorgenden Tätigkeiten. Für die entsprechenden Sektoren, häufig Domänen von Frauen, gilt, dass ein bestimmter Wachstumstyp, der die Wegrationalisierung menschlicher Arbeitskraft impliziert, zwangsläufig zulasten der Arbeits- und Dienstleistungsqualität geht.

Wenn überhaupt, so sind es aber diese Sektoren, die in den fortgeschrittenen Kapitalismen – langsam – wachsen können. Aufwertung und bessere Bezahlung eines Teils dieser Tätigkeiten, Finanzierung über Steuern und umverteilende Politik, neue Eigentumsformen wie genossenschaftlich organisierte Dienstleistungen, innovative Verzahnungen von Öffentlichem und Privatem, Demokratisierung von Dienstleistungsarbeit durch Mitbestimmung von Produzenten und Klienten, geschlechtergerechte Arbeitszeitverkürzungen und vor allem Zeit für Arbeit an der Demokratie sind einige der wichtigen Stichworte für eine Transformationsperspektive, welche die Frage nach sinnvoller Arbeit ins Zentrum rückt. Eine solche Transformation käme nicht ohne die öffentliche Kontrolle gesellschaftlicher Schlüsselsektoren (Energie, Finanzen) aus. Sie hätte die großen, marktbeherrschenden Unternehmen zu dem zu machen, was sie implizit bereits sind – zu öffentlichen Institutionen, deren Aktivitäten an einen demokratischen Kollektivwillen gebunden sind. Dies wäre eine Perspektive, die in einem allgemeineren Sinne die Stärkung gesellschaftlicher gegenüber ökonomischer und staatlicher Macht und damit die Erweiterung von Demokratie bedeuten würde. Eine solche Alternative ist gegenwärtig im höchsten Maße unwahrscheinlich. Es wäre jedoch des Schweißes der Edlen wert, daran zu arbeiten, dass sie in nicht allzu ferner Zeit zu einer politischen Option werden kann.

ANHANG

SCHAUBILD 1:

Erwerbstätigkeit und Arbeitsstunden

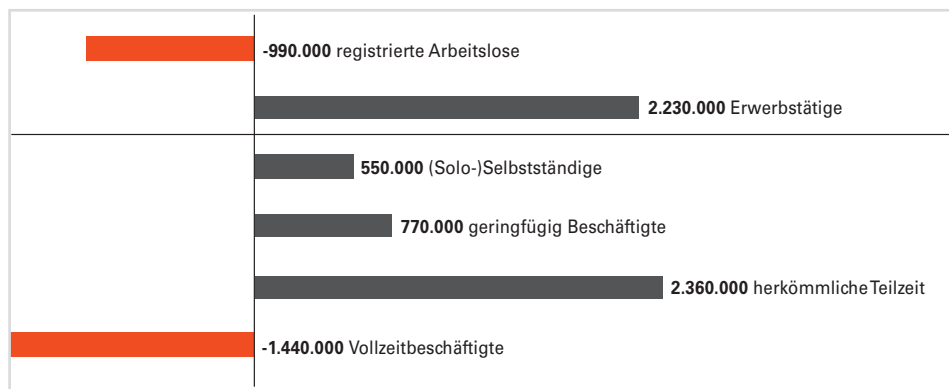
	1991	2000	2005	2012	2013
Erwerbstätige*	38.712	39.382	38.976	41.608	41.847
Arbeitsstunden**	60.082	57.922	55.775	57.973	58.052
je Erwerbstätigem	1.552	1.471	1.431	1.393	1.387
Arbeitnehmer*	35.148	35.387	34.559	37.060	37.378
Arbeitsstunden**	51.768	48.650	46.325	48.779	49.059
je Arbeitnehmer	1.473	1.375	1.340	1.316	1.313

Quelle: Statistisches Bundesamt/Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Hinweis: *in Tausend / **in Millionen

SCHAUBILD 2:

Veränderung der Beschäftigungsformen von 2000 bis 2012

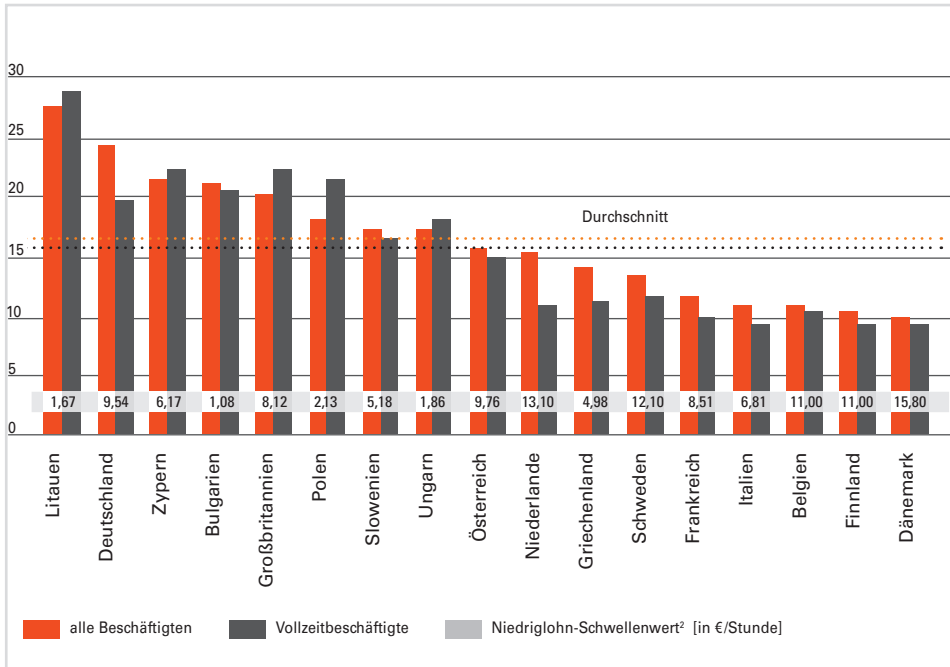


Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Hinweis: auf 1.000 gerundet (Stand: August 2013).

SCHAUBILD 3:

Niedriglohnquoten¹ in 17 europäischen Ländern 2010 (in Prozent)



Quelle: Thomas Rhein (2013): Erwerbseinkommen. Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich. IAB-Kurzbericht 15/2013, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 3.

Hinweis: 1: Anteil der Geringverdiener an allen Beschäftigten / 2: Zwei Drittel des mittleren Lohns (Median); die Werte von Nichteuroländern wurden zu nominalen Wechselkursen umgerechnet.

SCHAUBILD 4:

Typische Verarbeitungsformen von sozialer (Un-)Sicherheit

ZONE DER INTEGRATION

1. Gesicherte Integration (*Die Gesicherten*)
2. Atypische Integration (*Die Unkonventionellen* oder *Selbstmanager*)
3. Unsichere Integration (*Die Verunsicherten*)
4. Gefährdete Integration (*Die Abstiegsbedrohten*)

ZONE DER PREKARITÄT

5. Prekäre Beschäftigung als Chance/temporäre Integration (*Die Hoffenden*)
6. Prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement (*Die Realistischen*)
7. Entschärfte Prekarität (*Die Zufriedenen*)

ZONE DER ENTKOPPELUNG

8. Überwindbare Ausgrenzung: (*Die Veränderungswilligen*)
9. Kontrollierte Ausgrenzung/inszenierte Integration (*Die Abgehängten*)

Quelle: Robert Castel, Klaus Dörre (Hrsg.) (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 48.
Hinweis: Qualitative Erhebung unter 100 Befragten (N = 100).

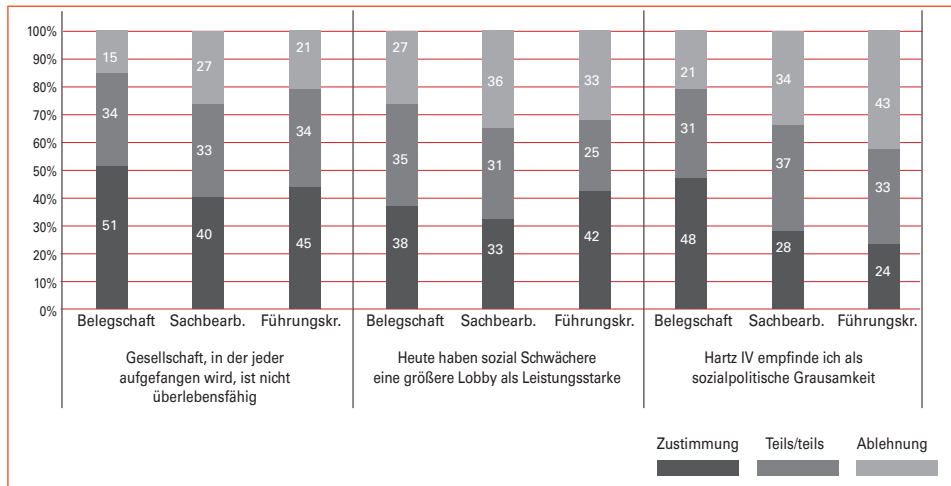
SCHAUBILD 5:

Erwerbsorientierungen von Grundsicherungsempfängern. Typen und Subtypen.

HAUPTKRITERIEN	UM-JEDEN-PREIS-ARBEITER	ALS-OB-ARBEITER	NICHTARBEITER
Erwerbsform	Zentralität der Erwerbsnorm Erwerbsarbeit (bleibt) Aktivitätszentrum Tradierte oder gelebte Normalität von Erwerbsarbeit Erste Erfahrungen mit Prekarität Erwartungen an die Zukunft durch Hoffnung und Zuversicht geprägt Kein Arrangement mit Erwerbslosigkeit	Relativierung der Erwerbsnorm Erfahrung mit regulärer Erwerbsarbeit Manifeste Erfahrung mit Prekarität Zukunftsbewusstsein zwischen Hoffnung und Pessimismus Ambivalentes Verhältnis zur Erwerbsarbeit (Integrationsmedium und Quelle der Unsicherheit)	Abkehr von der Erwerbsnorm Distanz zum Arbeitsmarkt Diffuse Idee von regulärer Erwerbsarbeit Keine Erfahrung mit Erwerbsarbeit und Verlust von erwerbsbezogenen Fertigkeiten Fehlende Erwartungen an die Zukunft
Tätigkeitskonzept	Aktivismus, Bewusstsein der Machbarkeit	Reintegrationsstrategien: 2. Arbeitsmarkt und Alternativrollen	Reintegrationsstrategien: soziale Netzwerke und Alternativrollen
Verarbeitungsmodus	Unermüdliches Streben nach Erwerbsarbeit	Umdeutung	Nichtbeachtung der Erwerbsnorm
Soziodemografische Merkmale	Mittlere und höhere Bildungsabschlüsse Arbeitsmarktintegration Alter: 30 bis 40	Mittlere und höhere (aber entwertete) Bildungs- und Berufsabschlüsse Erwerbslosigkeit und Maßnahmekriterien Alter: 40 bis 60	Keine oder niedrige Bildungs- und Berufsabschlüsse Langzeitarbeitslosigkeit Alter: 40 bis 60
Subtypus I	Die Aussichtsreichen	Die bürgerschaftl. Engagierten	Die Ziellosen
Erfahrung mit Erwerbsarbeit	Gute Jobs und erste Erfahrung mit Prekarität	Maßnahmekarrieren und Ehrenamt	Keine Erfahrung mit Erwerbsarbeit
Antizipierte Chancen	Prekarität als Chance und Aussicht auf Gelingen des eigenen Projektes	Geringe Hoffnung auf Arbeitsmarktintegration	Diffuses Zukunftsbewusstsein
Subtypus II	Die Alternativlosen	Die Scheinregulären	Die resigniert Eingeringelten
Erfahrung mit Erwerbsarbeit	Vielfältige Erfahrungen prekärer Arbeitsmarktintegration	Maßnahmekarrieren und Prekarität	Erfahrung mit Erwerbsarbeit in weite Ferne gerückt
Antizipierte Chancen	Prekarität als letzte Option	Hoffnung auf Integration i. d. 2. Arbeitsmarkt	Resignatives Zukunftsbewusstsein

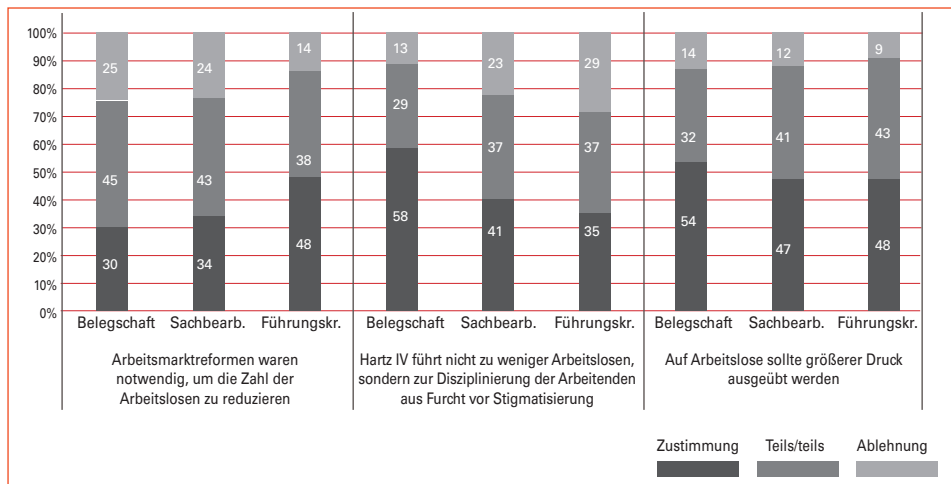
Quelle: Klaus Dörre, Anja Happ, Ingo Matuschek (Hrsg.) (2013): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Hamburg: VSA, S. 158.

SCHAUBILD 6:
Indikatoren für exklusive Solidarität I



Quelle: Klaus Dörre, Anja Happ, Ingo Matuschek (Hrsg.) (2013): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Hamburg: VSA, S. 158.

SCHAUBILD 7:
Indikatoren für exklusive Solidarität II



Quelle: Klaus Dörre, Anja Happ, Ingo Matuschek (Hrsg.) (2013): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Hamburg: VSA, S. 158.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel
Avenue Michel-Ange 11, 1000 Brüssel, Belgien

V.i.S.d.P. Dr. Klaus Sühl
Brüssel, August 2014

Autor Dr. Klaus Dörre
Lektorat TEXT-ARBEIT

Design und Illustration Mélanie Heddrich
Produktion HDMH sprl

Gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amts

Seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 hat sich die Spaltung innerhalb von Europäischer Union und Eurozone vertieft. Krisenländer wie Griechenland und Spanien haben eine fünfjährige wirtschaftliche Schrumpfungsphase hinter sich, die Arbeitslosenquoten bewegen sich teilweise noch immer oberhalb der 25-Prozent-Marke und Bevölkerungsmehrheiten leben in unsicheren Verhältnissen. Anders ist die Lage in jenen Ländern, die – vorläufig – als Gewinner aus der Krise hervorgegangen sind. Insbesondere Deutschland gilt als Musterknabe. Doch eignet sich das „deutsche Jobwunder“ tatsächlich als Vorbild für Europa? Klaus Dörre bezweifelt das. Auf der Grundlage eigener Forschungen wirft er einen kritischen Blick hinter die schöne Fassade des „Modells Deutschland“. Er beschreibt eine prekäre Vollerwerbsgesellschaft, in der unsicher Beschäftigte und Ausgrenzte den Preis für ein Exportmodell zu zahlen haben, das die Ungleichgewichte in Europa verstärkt und so die Grundlagen des eigenen Erfolgs zerstört.